Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungsbeilage (Donnerstag), Die Zeit im Bild (Freitag), Landmanns Sonntagsblatt (Samstag)

Nr. 18 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | **Burscheid, Freitag, 22. Januar 1932** | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | **72. Jahrgang**

Ein Appell der Internationalen Handelskammer in Paris

Die Internationale Handelskammer in Paris veröffentlicht einen Bericht über eine am 19. Januar in Paris abgehaltene Sitzung des Vollzugsausschusses ihres Verwaltungsrates, in der ein Beschluß der am Vortage erfolgten Sitzung des Ausschusses für internationalen Zahlungsausgleich bestätigt wurde. Die Entschließung betont unter Hinweis auf die internationale Vertrauens- und Wirtschaftskrise erneut und nachdrücklich, daß sich die Regierungen, um eine internationale Zusammenarbeit wirklich in die Tat umzusetzen, bemühen müssen, folgendes zu erreichen:

Effektive Abrüstungspolitik,
Sicherung eines strengen Gleichgewichtes der Staatshaushalte unter Ausschluß aller nicht notwendigen Ausgaben,
Herabsetzung der Steuerlasten,
Endgültige Regelung der zwischenstaatlichen Schulden,
Wiederherstellung der Währungsstabilität und der normalen Funktion der internationalen Kreditgewährung,
Die Befolgung einer Wirtschaftspolitik, die unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Erfordernisse eines jeden Landes letzten Endes zu einer freieren internationalen Bewegung der Menschen und zu einem freieren Austausch der Ware, Kapital und Dienstleistungen führt.

Ueber 400 000 deutsche Auswanderer in den letzten fünf Jahren

Die Zahl der deutschen Auswanderer in den letzten fünf Jahren (von 1926 bis 1931) beträgt rund 412 000; davon sind 232 000 Personen nach Uebersee und rund 180 000 über Land ausgewandert.

Die höchste Auswandererzahl nach Uebersee wurde im Jahre 1926 mit 65 000 erreicht. Die Zahl sank dann ständig, und zwar im Jahre 1927 auf 61 000, 1928 auf 57 000, 1929 auf 48 000, 1930 auf 37 000 und im Jahre 1931 (für das bisher nur die Berechnung bis November vorliegt) sank die Zahl auf 12 800. Es ist anzunehmen, daß sie 1931 insgesamt nicht über 15 000 betragen wird.

Die Ueberland-Auswanderung betrug in den Jahren 1926 bis 1929 80 000, im Jahre 1930 40 000 und im Jahre 1931 (bis November) 30 000.

Von den Reichstags-Ausschüssen

Die Pensionskürzung beschäftigt den Haushaltsausschuß des Reichstages

Der Haushaltsausschuß des Reichstages befaßte sich am Donnerstag in zweiter Lesung mit den Fragen der Pensionskürzung.

Zu Beginn der Diskussion erklärte zunächst Abgeordneter **Ersing** (Ztr.), daß er 22 Anträge eingebracht habe. Die Zentrumspartei wolle den ehrlichen Versuch unternehmen, die Gegensätze zu überbrücken, damit die Frage der Großpensionäre endlich eine Lösung in positivem Sinne finde. Es sei wünschenswert, daß die ganzen Pensionsfragen durch eine Zweidrittelmehrheit hier im Reichstage geregelt werden, damit für die Rechtsprechung eine gesetzliche Grundlage geschaffen werde.

Abg. **Keil** (Soz.) hielt es für notwendig, eine Regelung anzustreben, die dem Volksempfinden und den sozialen Verhältnissen der Gegenwart Rechnung trage und die außerdem eine sichere Rechtsgrundlage schaffe. Die sozialdemokratische Fraktion ist sich bewußt, daß eine durch die höchsten Gerichte unanfechtbare Neuregelung des Pensionsrechtes nur durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages zu erreichen ist, deren Zustandekommen auf der Grundlage der sozialdemokratischen Auffassung unter den obwaltenden Mehrheitsverhältnissen ausgeschlossen ist. Bei dieser Sachlage bleibt der sozialdemokratischen Fraktion nichts anderes übrig, als unbeschadet ihrer grundsätzlichen Auffassung an einer Lösung mitzuarbeiten, die die verfassungsmäßige Mehrheit findet und gleichzeitig die schlimmsten Mißstände beseitigt.

Ministerialdirektor Weyer unterstützte die Anregungen des Abgeordneten rsing und sprach sich dafür aus, dem Pensionsrecht eine verfassungsrechtliche unangreifbare Grundlage zu geben.

Abg. **Morath** fragte, wieviele Großpensionäre es jetzt nach der letzten Notverordnung noch gebe. Schätzungsweise könnten es kaum noch 100 sein.

Demgegenüber wurde von Regierungsseite erklärt, das genaue Erhebungen noch in Arbeit seien, daß diese geschätzte Zahl wohl aber überschritten werde, wenn man alle Beamten, auch die der Länder und Gemeinden, berücksichtige.

Abg. **Laverenz** (Dntl.) erklärte, daß seine Fraktion bei der ersten Lesung lediglich zum Ausdruck gebracht habe, daß sie grundsätzlich diesen Weg nicht mitgehen könne. Die von ihr gehegten Befürchtungen hätten sich in größtem Ausmaße erfüllt. Die Beschlüsse der ersten Lesung machten es ihr unmöglich, ihnen die Zustimmung zu geben. Auch die jetzt gestellten Anträge könnten die deutschnationale Fraktion nicht veranlassen, von ihrer grundsätzlichen Haltung abzuweichen. In der ganzen Tendenz sähen die Deutschnationalen eine Zertrümmerung des bisherigen Pensionsrechtes und anstelle einer Garantierung der Pension nur noch eine Unterstützung im Wohlfahrtswege. (Erregte Gegenrufe).

Abg. **Roßmann** (Soz.) trat in schärfster Weise der Auffassung des Abgeordneten Laverrenz entgegen. Auch der vorliegende Gesetzentwurf beginne erst mit den Kürzungen bei 7000 bezw. 9000 Mark Pension. In einem Augenblick der allgemeinen Not des Volkes davon zu sprechen, daß das Wohlfahrtsunterstützungen seien, zeige eine völlige Verkennung der sozialen Lage der Allgemeinheit.

Abg. **Ersing** (Ztr.) erklärte, daß die Auffassung des Abgeordneten Laverrenz auf das entschiedenste zurückgewiesen werden müßte. Die Zentrumsfraktion stehe grundsätzlich auf dem Boden der Erhaltung des Berufsbeamtentums und des Pensionsrechtes. Es sollten lediglich die im Verlauf der Zeit sich gezeigten Mißstände in bezug auf die Großpensionäre endlich aus der Welt geschafft werden.

Darauf trat der Ausschuß in die Einzelberatung ein.

Der Ausschuß erledigte die Einzelberatung bis zum § 15. In einigen Punkten wurden die Beschlüsse erster Lesung durch die Wiederherstellung der Regierungsvorlage ersetzt. Im übrigen wurden zahlreiche Paragraphen neu eingefügt, die die Bestimmungen der bisherigen Notverordnunge über Pensionskürzungen enthalten. Der Zweck ist, bei der zweiten Lesung die Notverordnungsbestimmungen in das Pensionskürzungsgesetz hineinzuarbeiten, um ein einheitliches Ganzes zu schaffen.

Am Freitag wird der Ausschuß die Beratung des Pensionskürzungsgesetzes zu Ende führen.

Aus dem Rechtsausschuß des Reichstages

Der Rechtsausschuß des Reichstages begann am Donnerstag die Beratung des **sozialdemokratischen Antrages** über die **Revision der Fürstenabfindungsverträge.** Nach dem in Gesetzesform gekleideten Antrag sollen die Länderregierungen ermächtigt werden, alle Leistungen aus Verträgen oder Urteilen an ehemalige Fürsten und Mitglieder der standesherrlichen Familien mit sofortiger Wirkung einzustellen und die Auseinandersetzungsverträge unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notlage neu zu regeln.

In der Ausschußsitzung entspann sich zunächst eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Der **Vertreter der Reichsregierung** erklärte, daß die Regierung noch nicht im Besitze ausreichenden Materials der Länder sei und aus diesem Grunde für eine Vertagung der Angelegenheit eintrete.

Im Verlauf der Aussprache beantragte Abg. **Schmid-Düsseldorf** (DVP.) daraufhin, die Beratung des Antrages zu vertagen.

Der Vertagungsantrag wurde aber schließlich mit 14 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Für die Vertagung stimmten nur die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Landvolk, die Wirtschaftspartei und die Christlich-Sozialen. Alle übrigen Parteien stimmten gegen den Vertagungsantrag. Abg. **Emminger** (Bayr. Volkspt.) hatte in der Aussprache erklärt, daß er gegen die Vertagung sei, da es für die Regierung wertvoll wäre, erst einmal die Begründung des sozialdemokratischen Antrages zu hören, woraus sie vielleicht manches Material für ihre Stellungnahme entnehmen könne.

Der Ausschuß begann dann die sachliche Beratung mit der Begründung des sozialdemokratischen Antrages.

Abg. **Wagner** (Soz.) erklärte zur Begründung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes, es handele sich darum, zu verhüten, daß man angesichts der gegenwärtigen Notzeit und der Notverordnungen ausgerechnet vor den ehemaligen Fürsten und den Beziehern von staatlichen Renten Halt mache. Der Redner bestritt, daß es sich um einen revolutionären Akt handele.

Abg. **Dr. Everling** (Dntl.) erklärte, von den Ländern hätten Bayern, Sachsen und andere schon vor Jahren erklärt, daß sie die Materie nicht wieder aufzurollen wünschen. In Preußen habe das Parlament dasselbe kundgegeben. Gerade die beiden jetzt erwähnten Urteile in Altenburg und Lippe seien auf Grund des Armenrechts erstritten. Mit eingehendem Zahlenmaterial suchte der Redner nachzuweisen, daß die Auseinandersetzung durchweg unter Opferung von mehr als 90% des fürstlichen Vermögens durchgeführt worden sei.

Abg. **Emminger** (Bayerische Volkspartei) bezeichnete das Material der Begründung als so dürftig, daß man den Antrag gleich ablehnen könne. Höchstens komme eine Nachprüfung laufender Renten in Frage.

Abg. **Wegmann** (Zentr.) hielt es für richtig, auch die älteren staatlichen Renten in die Erörterung einzubeziehen und eine Trennung des gesamten Materials nach Kategorien vorzunehmen.

Abg. **Neubauer** (Komm.) legte einen Antrag vor, der die Länder verpflichtet, alle Zahlungen einzustellen. Im übrigen sei Enteignung und Ausweisung der Fürsten das Ziel seiner Partei.

Abg. **Seger** (Soz.) betonte, daß das Bedürfnis einer Neuordnung dieser Frage durch das Reich sich aus dem Beschluß des Preußischen Landtages ergebe. Es handele sich nicht nur darum, die jetzt noch gezahlten Renten einzustellen, sondern auch darum, die politischen Vorbedingungen für ein Wiederaufnahmeverfahren in Sachen der Fürstenenteignung zu schaffen.

Von der Mitte und der Rechten wurde darauf erneut angeregt, von der Regierung zunächst vollständiges Material einzufordern und die Beratung solange auszusetzen. Eine Entscheidung wird erst Freitag erfolgen.

Um die preußischen Sparverordnungen

Aus dem Preußischen Landtag

Der Preußische Landtag hatte sich in seiner Donnerstagsitzung zunächst längere Zeit mit **Organisationsfragen der Bienenzucht** zu beschäftigen auf Grund eines sozialdemokratischen Antrages, der den Vorwurf der Verzettelung öffentlicher Gelder durch den Reichsausschuß für Bienenzucht erhob. Von den bürgerlichen Parteien wurde die öffentliche Betreuung der deutschen Bienenzucht begrüßt; der sozialdemokratische Antrag fand nur in seinem ersten Teil Annahme, wonach Verluste an öffentlichen Mitteln möglichst vermieden werden sollen.

Der vom Verfassungsausschuß vorgelegte Antrag, wonach die Regierung anordnen soll, daß die öffentlichen Gebäude in Preußen **„am Volkstrauertag, den die Staatsregierung bestimmt", halbmast flaggen sollen,** ging mit Aenderungsanträgen nochmals **zurück an die Ausschußberatung.**

Zu der dann auf der Tagesordnung stehenden Beratung der **preußischen Sparverordnungen** und der zu ihnen gestellten Anträge erhielten zunächst Regierungsvertreter das Wort für die Beantwortung von Interpellationen. Der Leiter der Polizeiabteilung des preußischen Innenministeriums, Ministerialdirektor **Klausener,** wies namens des Ministers Severing die vom Kommunisten Kasper aufgestellte Behauptung als falsch zurück, daß Berliner Polizeioffiziere Mitglieder der NSDAP. seien. Die Offiziere hätten dem Minister erklärt, daß sie keinerlei Beziehungen zur NSDAP. hätten.

Als die eigentliche Aussprache beginnen sollte, rief Präsident **Wittmaack** lebhafte Unruhe bei der Opposition mit seiner Bemerkung hervor, daß keine Wortmeldungen vorlägen. Der Präsident hatte schon vorgeschlagen, das Haus auf den 11. Februar zu vertagen, als sich das entstandene Mißverständnis aufklärte. Die Debatte wurde durch den deutschnationalen Abgeordneten **Steuer** eingeleitet, der der Reichs- und Staatsregierung vorhielt, daß sie gewohnheitsmäßig die Verfassungsbestimmungen umgingen. Die einzig wirksame Notverordnung würden demnächst die Wähler erlassen; diese Notverordnung werde lauten: „Schluß mit Brüning und Braun!" — Abgeordneter **Kasper** (Komm.) wiederholte seine Behauptung von einer engen Verbindung von Berliner Polizeioffizieren mit

Französische Methode

Senatoren dichten über angebliche Rüstungen Deutschlands

Mit einer Regelmäßigkeit, die die Zweckhaftigkeit solcher Kampagnen in reichlich durchsichtiger Weise enthüllt, tauchen immer dann, wenn die Reparations- oder Abrüstungsfrage erneut ernsthaft zur Diskussion stehen, in der französischen Presse oder auch im Rahmen der Verhandlungen der französischen Parlamentsausschüsse Berichte über angebliche deutsche Geheimrüstungen und Verstöße gegen die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages auf. Von diesem Gesichtswinkel aus sind auch Ausführungen der Senatoren General Bourgeois und Eccard zu werten. Nach einem amtlichen Bericht über den Verlauf der Sitzung des Kammerausschusses für Auswärtige Angelegenheiten suchte General Bourgeois nachzuweisen, daß Deutschland entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages eine gewaltige Armee vorbereite, und zwar durch die jährliche Ausbildung einer großen Zahl von Unteroffizieren, die aus der Reichswehr, sobald sie ausgebildet seien, ausschieden, um neuen Rekruten Platz zu machen, sowie durch Heranbildung von Offizieren, sowohl in der Reichswehr als auch in besonderen Schulen, die durch den Vertrag verboten seien. Deutschland könne in einem Konflikt eine erste Stoßarmee von beträchtlicher Stärke aufstellen, die körperlich glänzend durchgebildet sei und deren militärischer Geist in häufigen Zusammenkünften der neuen Einheiten mit den alten Kaders der aufgelösten Regimenter gepflegt werde.

Diese Ausführungen des französischen Generals sind nichts als eine Wiederholung der seit der Schaffung der Reichswehr und der Bestimmungen über die Zusammensetzung ihres Offizierkorps und der Mannschaften teils frei erfundenen, teils in böswilliger Absicht aufgestellten Behauptungen. Dasselbe gilt von den weiteren Ausführungen des Generals Bourgeois über die angebliche Fähigkeit der deutschen Industrie, gegebenenfalls die technische Aufrüstung des Heeres in kürzester Frist zu schaffen.

Dem amtlichen Bericht zufolge behauptete General Bourgeois weiter, daß die Vorbereitung auf den Krieg in Deutschland von einer sehr aktiven Propaganda zugunsten der Revanche begleitet werde, daß die Kinder in den Schulen in diesem Sinne unterrichtet würden, und daß gewisse Schulbücher sogar zu diesem Zweck abgefaßt seien.

Wenn General Bourgeois diese Behauptung erklären zu können glaubt, daß eine derartige Propaganda für den Krieg getrieben werde, darf wohl gefragt werden, auf welche Anzeichen eigentlich Bourgeois diese Behauptungen stützen will.

Die Parteien des deutschen Volkes, die zu der gegenwärtigen Reichsregierung in Opposition stehen, sind nicht minder friedensgewillt als die Mehrheit des deutschen Volkes, die die friedliche Außenpolitik des Kabinetts Brüning stützt.

Was von den Behauptungen des Generals Bourgeois gesagt worden ist, gilt ebenso von denen des Eccard. Dieser hat, dem amtlichen Bericht zufolge, im Ausschuß behauptet, daß die Militärausgaben im deutschen Budget verstreut und verschleiert und in Wirklichkeit höher seien, als zugegeben werde. Insbesondere sei mehr als die Hälfte des Polizeibudgets für rein militärische Aufgaben bestimmt, und das Pensionsbudget diene tatsächlich großenteils zur Besoldung der mit militärischen Arbeiten beschäftigten Reserveoffiziere.

Demgegenüber ist mit aller Deutlichkeit festzustellen, daß die Behauptungen über Verschleierung der eigentlichen Ausgaben für die Reichswehr durch Verschiebung der Etattitel einer jeden Grundlage entbehren und eine bewußte Irreführung der französischen öffentlichen Meinung sind.

der NSDAP. und machte Mitteilungen über angebliche militärische Ausbildung bei den Nationalsozialisten, denen die Regierung nicht scharf genug entgegentrete.

Die Weiterberatung wurde auf Freitag vertagt.

Riesige Devisenschiebungen aufgedeckt

Ein Fall von Devisenschiebungen, in dem es sich um Millionenobjekte handelt, ist in Berlin von Beamten der Zollfahndungsstelle aufgedeckt worden. Der Bankier Dr. Gutherz, der Vertreter des Bankhauses Singer und Friedländer, das seinen Stammsitz in London hat, ist verhaftet worden. Es ist damit zu rechnen, daß im Laufe der nächsten Tage weitere Verhaftungen von Bankiers und Privatpersonen erfolgen werden.

Zu der Verhaftung erfahren wir folgende Einzelheiten: Die ersten Devisengeschäfte, die Dr. Gutherz in Vertretung seines Hauses Singer und Friedländer in Deutschland durchführte, entsprachen den gesetzlichen Bestimmungen. Mit Erlaubnis der Devisenstelle brachte er deutsche Wertpapiere vom Londoner Markt nach Berlin. Später tauschte er diese Wertpapiere in Berlin gegen andere deutsche um. Diese neuen Stücke wollte er dann wieder mit nach London nehmen. Die Papiere, mit denen er hier Geschäfte machen wollte, hatten einen Wert von über einer Million RM. Die Beamten der Zollfahndungsstelle brachten aber in Erfahrung, daß Dr. Gutherz die neu erstandenen Wertpapiere nicht nach London überwies, sondern daß er mit verschiedenen kleinen Kommissionshäusern und Privatbankiers in Verbindung trat. Er verkaufte die umgetauschten deutschen Wertpapiere und richtete bei seinen Geschäftsfreunden Reichsmarkkonten ein. Die Bestimmungen besagen nun, daß diese Bankkonten von den Banken als sogenannte Sperrkonten geführt werden müssen, und der Kontoinhaber nicht mehr das Recht hat, über die Gelder frei zu verfügen. Dr. Gutherz handelte entgegen diesen Bestimmungen. Anscheinend haben englische Firmen nicht nur durch Vermittlung von Gutherz ihre Schulden bei deutschen Firmen in Reichsmark abbezahlt, sondern auch Einkäufe getätigt. Als Dr. Gutherz jetzt nach Marienbad fahren wollte und damit deutsches Reichsgebiet verlassen hätte, wurde er von den Beamten aus dem Zuge heraus verhaftet. Ueber eine halbe Million Reichsmark sind bereits beschlagnahmt worden.

Vor einer Landtagsauflösung und Neuwahlen in Hessen?

Das „Darmstädter Tageblatt" veröffentlicht eine Unterredung seines Chefredakteurs mit dem Fraktionsführer des hessischen Zentrums, Ministerialrat Hoffmann, der u. a. erklärte, die Schlüsse, die die NSDAP. aus ihrem gewiß großen Wahlerfolg ziehe, seien falsch. Den 37 Prozent nationalsozialistischen Stimmen ständen immer noch 63 Prozent entgegen, die die NSDAP. ablehnten. Die Anhänger des Zentrums hätten bei der Wahl zu erkennen gegeben, daß das Zentrum auch künftig das Bollwrk gegen den Radikalismus von Rechts und Links sein wolle. Die NSDAP. müsse sich daher anschicken, die Lage nüchtern zu betrachten.

Nach einem Rückblick über den Gang der Koalitionsverhandlungen zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten betonte Ministerialrat Hoffmann, daß das Zentrum gewillt gewesen sei, einer Regierungsbildung durch die NSDAP. keine Schwierigkeiten zu bereiten. Es sei auch grundsätzlich bereit gewesen, über die gestellten Forderungen mit sich reden zu lassen. Daß dieses selbstverständliche Verlangen von der NSDAP. als Ablehnung betrachtet wurde, beweise, daß der Wille der NSDAP., mit dem Zentrum eine Koalition einzugehen, nicht ernst gemeint war. An diesem Willen zu zweifeln habe er allen Grund. Die NSDAP. sei starst geworden, weil sie es sich in der Opposition leisten konnte, immer nur grundsätzliche Forderungen aufzustellen. Ihre Werbekraft lag gerade in ihrem Radikalismus. Sobald praktische Arbeit geleistet werden muß, müsse die NSDAP. 90 Prozent ihrer Forderungen aufgeben und ebenfalls — wie alle anderen Parteien, die in der Regierung sind — mit Wasser kochen. Seiner Meinung nach werde sich die NSDAP. erst in eine praktische Politik einlassen, wenn sie das ihr vorschwebende Endziel, die absolute Majorität in ganz Deutschland erreicht habe. Deshalb werde die NSDAP. es auch in Hessen vorziehen, die bisherige Regierung zu dulden und aus der Opposition heraus eine Fülle von Anträgen stellen, die größtenteils niemals verwirklicht werden könnten, mit denen sie aber hoffe, weitere Wählermassen für sich zu gewinnen. Die Fortführung der Geschäfte durch das gegenwärtige Ministerium sei ein denkbar unerfreulicher Zustand, der sich nicht lange aufrechterhalten lassen werde, weil die Nationalsozialisten und die Kommunisten zusammen im Landtag eine Mehrheit bilden, mit der sie jede Regierungsmaßnahme unmöglich machen könnten.

Das Zentrum hätte eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten ernsthaft versucht, bei den beständigen Angriffen in der nationalsozialistischen Presse und Partei gegen das Zentrum glaube er allerdings, daß die Zusammenarbeit eine harte Probe hätte bestehen müssen.

Zum Schluß erklärte der Zentrumsführer, die weitere Entwicklung der politischen Lage hänge nicht vom Zentrum, sondern in erster Linie von der NSDAP. ab, es sei ein Antrag auf Auflösung des hessischen Landtages gestellt und es werde sich zeigen, welchen Weg die NSDAP. gehe.

Seifried schlägt Wieser k. o.

Gut besucht war der Boxkampfabend am Donnerstag im Berliner Spichernring. Hans Seifried schlug im Weltergewicht seinen schlecht trainierten Bochumer Landsmann Wieser in der 8. Runde k. o.

Die Konferenzverschiebung

Noch keine amtliche Mitteilung

Zu den von ausländischer Seite gebrachten Meldungen über eine Verschiebung der Reparationskonferenz erfahren wir an unterrichteter Stelle, daß bei der Reichsregierung amtlich von einer Verschiebung der Konferenz noch nichts bekannt ist. Es könne nur immer wieder betont werden, daß Deutschland an seinem alten Standpunkt festhalten müsse, da angesichts der Gefährdung der allgemeinen Weltwirtschaftslage eine Endlösung des Reparationsproblems umgehend erforderlich sei.

In diesem Zusammenhang wird in politischen Kreisen zu den Bestrebungen, die auf eine Verlängerung des Hooverfeierjahres hinauslaufen, darauf hingewiesen, daß die Anerkennung eines zweiten Hooverjahres schon deshalb nicht in Frage kommen kann, weil sie die Abgabe eines Zahlungsversprechens darstellen würde.

Die Meldung eines englischen Blattes, Deutschland beabsichtige, einen neuen Reparationsplan auf der Grundlage von Reichsbahn-Schuldverschreibungen vorzuschlagen, ist ohne jede positive Begründung völlig aus der Luft gegriffen.

Aus Paris wird gemeldet: Die Erklärung der **englischen Regierung, daß die Lausanner Konferenz vertagt** werden würde, ist, wie Havas meldet, **im vollen Einvernehmen mit der französischen Regierung** erfolgt, da die Vorverhandlungen zwischen den Gläubigermächten Deutschlands zum ursprünglich vorgesehenen Zeitpunkt nicht beendet sein könnten.

Leon Blum wünscht Bekanntgabe der Regierungsabsichten

Im „Populaire" richtet der sozialdemokratische Abgeordnete Leon Blum an den Ministerpräsidenten Laval die Aufforderung, seine politischen Absichten bekannt zu geben. Er schreibt, der Führer der Regierungsmehrheit in der Kammer, Abg. Marin, habe erklärt, daß der Rücktritt Briands nur ein erster Schritt sei, und das nunmehr auch die Politik Briands verschwinden müsse. Eine Politik, die verschwinde, mache einer neuen, entgegengesetzt gerichteten Politik Platz. Welche neue, gegensätzliche Politik wolle die Mehrheit der Kammer der Regierung in der Reparations- und Abrüstungsfrage vorschreiben? Wolle sie, daß Frankreich künftig jedes Zugeständnis, jeden „Verzicht" ablehne und daß die Regierung die buchstäbliche Ausführung des Youngplanes trotz des Berichts der Baseler Sachverständigen fordere und Deutschland zur Bezahlung der ungeschützten Annuitäten zwinge trotz der materiellen Unmöglichkeit, die noch offenkundiger sei als die Feststellungen von Sachverständigen es sein könnten? Darauf müsse eine Antwort gegeben werden. Man müsse auch sagen, welche Zwangsmittel der Abgeordnete Marin angewandt wissen wolle. Wolle er die Verfehlungen des Schuldners in materielle Pfänder ausmünzen? Verlange er die Anwendung der **berüchtigten Sanktionen,** die man ja von früher her kenne? Schlage er die **Wiederbesetzung von Mainz** oder des **Ruhrgebiets** vor? Die Mehrheit müsse sich hierüber äußern und der Chef der Regierung müsse erklären, ob er mit seiner Mehrheit einig gehe oder nicht.

Entschließung der französischen Radikalen

Der Exekutivausschuß der französischen radikalen Partei faßte eine Entschließung, in der erklärt wird, daß die Regelung der Zahlungen von Volk zu Volk für die Wiederherstellung des allgemeinen Wohlstandes gleichzeitig von allen Gläubigerstaaten vorgenommen werden müßte, damit nicht ein Land, namentlich nicht Frankreich, unerträgliche Lasten zu übernehmen hätte. Der Exekutivausschuß betont schließlich, daß die Wahrung der Rechte Frankreichs nicht die für die wirtschaftliche Organisierung Europas und die Erhaltung des Friedens unerläßliche deutsch-französische Verständigung verhindern dürfe.

Layton über die Schädlichkeit der Reparationszahlungen

Daily Mail hatte sich in einem Artikel, in dem sie für Beibehaltung der Reparationen eintrat, auf die Londoner Rede Sir Walter Laytons vom 13. Januar berufen. Layton sandte daraufhin dem Blatt eine längere Erklärung, worin es heißt, das Herausreißen eines Teiles seiner Rede aus dem Zusammenhange gebe einen falschen Eindruck von seiner Haltung gegenüber dem Reparationsproblem. Er habe in seiner Rede ausgeführt, daß es viel besser für alle Beteiligten einschließlich England, wäre, wenn die politischen Zahlungen vollkommen annulliert würden. Layton bespricht dann die überaus schädlichen Wirkungen der Reparationen und zieht aus dieser Darlegung folgende Schlußfolgerungen:

1. **Es ist viel besser, die Kriegsschulden zu annullieren, als das Risiko einer neuen Störung nach dem Vorbild der Störung der beiden letzten Jahre einzugehen.**
2. **Es ist von größter Wichtigkeit, daß man eine endgültige Regelung so schnell wie möglich zu erreichen sucht, denn der Prozeß des Wiederaufbaues kann nicht beginnen, solange diese Zahlungsverpflichtungen über der Welt hängen.**
3. **Wenn es für die Bereitung eines Weges zu einer allgemeinen Vereinbarung notwendig ist, daß einige Zahlungen geleistet werden, um bestimmte besondere Ausgaben zu decken, dann sollten die von Deutschland bezahlten Summen so bescheiden sein, daß sie die Zahlungsbilanz des normalen Welthandels nicht ernstlich stören können.**

Layton betont schließlich, daß er im Einvernehmen mit seinen Kollegen vom Baseler Sachverständigenausschuß fest überzeugt sei, daß eine endgültige Festsetzung der deutschen Verbindlichkeiten zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine dringende Notwendigkeit für die Erholung der Welt sei.

Baseler Bericht und Tributlast der Reichsbahn

Die westdeutsche Wirtschaft gegen jede Kompromißlösung

33 maßgebende rheinisch-westfäl. Wirtschaftskörperschaften haben unter Führung des **Langnam-Vereins** an **Reichskanzler** und **Reichsverkehrsminister** eine **Eingabe** gerichtet, die sich gegen Andeutungen des Baseler Sonderausschusses wendet, die die Befürchtung aufkommen ließen, daß innerhalb des Sonderausschusses die Ansicht vertreten worden ist, die Reichsbahn könne künftig unter günstigeren Verhältnissen wieder an der Aufbringung der Tributlasten mitwirken und bedürfe nur vorübergehender Erleichterungen. Demgegenüber muß, heißt es in der Eingabe, mit aller Eindringlichkeit festgestellt werden, daß

1. der im Baseler Bericht gewählte Vergleichszeitraum für eine Beurteilung der zukünftigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Reichsbahn nicht maßgebend sein kann, weil die Jahre 1926 bis 1929 anerkanntermaßen im Zeichen einer Kreditinflation und wirtschaftlichen Scheinblüte standen, die auch auf den Verkehrsumfang günstige Rückwirkungen haben mußten;
2. der durchschnittliche Betriebsüberschuß nur auf Grund stark übersetzter, unerträglicher Tarife erzielt wurde, denen sich die Wirtschaft nicht entziehen konnte, weil die Eisenbahnen das bei weitem wichtigste Beförderungsmittel sind.

Hätte die Reichsbahn unbeschwert von politischen Auflagen bei ihrer Tarifgestaltung den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen können, so hätten sich ohne weiteres bedeutend ungünstigere Betriebszahlen ergeben.

Die Eingabe schließt: Sie, sehr geehrter Herr Reichskanzler, haben sich noch vor kurzem erneut zu dem Gedanken bekannt, daß Deutschland nicht in der Lage sei, in Zukunft Tribute zu zahlen. Das muß selbstverständlich auch für die Tributlasten der Reichsbahn gelten. Auch hierfür darf in den Reparationsverhandlungen keine Kompromißlösung zugelassen werden, wenn nicht die vor allem notwendige Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft überhaupt in Frage gestellt werden soll.

„Aeußerungen von vollendeter Tollheit" in Paris

Aus Paris, 21. Jan., meldet das Conti-Büro: Wenn die Sorge um eine zurückhaltende Berichterstattung, der man nicht den Vorwurf machen kann, auch nur im geringsten auf Sensationen oder alarmierende Nachrichten, die herumschwirren und über die sogar bereits geschrieben wurde, Rücksicht zu nehmen, bis jetzt davon abgehalten hat, einmal die Frage der Stimmung zu erörtern, wie sie innerhalb des französischen Volkes festzustellen ist, so muß jetzt nach der Dienstagsitzung der Kammer jede Rücksichtnahme fallen gelassen werden; haben doch die verschiedenen Andeutungen des sozialistischen Abgeordneten Frossard zu einer Erörterung in der Presse geführt, die man nicht mehr aus Gründen objektiver Berichterstattung unterdrücken kann.

Der Abgeordnete Frossard sprach, wenn man dem offiziellen Organ der sozialistischen Partei Glauben schenken darf, davon, daß in Stadt und Land „Kriegsgerüchte" umgingen. Die offiziöse Berichterstattung hat daraus alarmierende Nachrichten gemacht, von denen man Notiz nehmen muß. Heute aber stellt die „Volonte" fest, daß das Organ der Schwerindustrie, finanziert von dem Großindustriellen de Wendel, das „Journal des Debats", gestern eine plumpe, gar nicht mißzuverstehende Drohung gegen Deutschland ausgestoßen hat, indem es erklärte: „Jetzt muß man gegen Deutschland handeln". Die „Volonte" fragt: „Was heißt das? Es handelt sich für uns hierbei um Aeußerungen von vollendeter Tollheit. Solche Aeußerungen sind Dolchstöße gegen den Ruf Frankreichs im Auslande."

Das Blatt sagt übrigens, daß die Aeußerungen des „Journal des Debats" gewissen Zwischenrufen entsprächen, die in der letzten Kammersitzung gefallen seien, als der Abgeordnete Leon Blum fragte, ob man im Falle der Nichtbezahlung durch Deutschland zur Zwangsvollstreckung und zur Politik der Pfänder schreiten wolle. Die Mitglieder auf der äußersten Rechten hätten laut „Ja, ja" gerufen.

Wie die „Volonte" verwahrt sich dagegen auch das „Oeuvre", das in eine scharfe Polemik mit denen eintritt, die Alarm schlagen. Sein Chefredakteur erklärt, vorgestern abend sei auf der Untergrundbahnstation Oper ein Gedicht verkauft worden, dessen freie Uebersetzung wie folgt laute: „Das Jahr 1932 — ein schreckliches Jahr. Wahlen. Volk, in Deinen Händen liegt das Schicksal der Nation. Ihr Frauen, Schwestern und Mütter, trocknet Eure Tränen, macht Euch verständlich, stoßt diesen Alarmruf aus: Den jungen Rekruten fällt es nunmehr zu, uns den Ruhm wieder zu geben und Frankreich den Franzosen."

Politischer Entführungsversuch in Rumänien — Ein zweiter Fall Kutiepoff

Großes Aufsehen erregt in Bukarest ein politischer Entführungsversuch, der an den Fall des Generals Kutiepoff erinnert. Ueber die Angelegenheit werden folgende Einzelheiten bekannt:

Sowjetrussische Emissäre hatten den Auftrag erhalten, sich des in Rumänien lebenden Diplomaten Atschekoff zu bemächtigen und nach Rußland zu bringen. Dieser war im Jahre 1921 diplomatischer Vertreter der Sowjetunion in Bern. Später organisierte Atschekoff als Privatsekretär Stalins die G. P. U. Dann wurde er nach Konstantinopel entsandt, wo er in den Verdacht geriet, mit Trotzki in Verbindung zu stehen. Er wurde daraufhin sofort zurückberufen, weigerte sich aber, nach Moskau zurückzukehren. Seitdem galt er als ein erbitterter Gegner der Sowjets. Es heißt, daß die sowjetrussische Regierung eine Million Dollar ausgesetzt hätte, um seiner habhaft zu werden. Der Kapitän eines in Konstanz liegenden griechischen Dampfers hatte sich bereit erklärt, Atschekoff nach Odessa zu bringen. Der Kapitän ist verhaftet worden. In Bukarester Kreisen glaubt man, daß dieselben Leute an dem Entführungsversuch beteiligt sind, die in Paris die Entführung des Generals Kutiepoff durchgeführt hatten.

5 966 000 Arbeitslose am 15. Januar

Am 15. Januar 1932 waren bei den Arbeitsämtern rund 5 966 000 Arbeitslose gemeldet. Die Zunahme seit dem Jahresende belief sich auf annähernd 300 000. Seit dem Tiefstand des vergangenen Sommers ist die Arbeitslosenzahl um rund 2 012 000 gestiegen. Gegenüber dem letzten Stichtage hat die Zahl der Arbeitslosen in den Saisonaußenberufen um 4,4 v. H., in den übrigen Berufsgruppen um 5,9 v. H. zugenommen.

In der Arbeitslosenversicherung stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rd. 136 000 auf rd. 1 778 000 (35,5 v. H. der unterstützten Arbeitslosen), in der Krisenfürsorge um rd. 41 000 auf rd. 1 547 000 (31,3 v. H.) Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen erhöhte sich bis Mitte Januar um rd. 63 000 auf rd. 1 629 000 (32,8 v. H.).

Die verprügelten „Gespenster"

Aus Sonneberg i. Thür. wird gemeldet: In einem nahen Orte hatten **neun Dorfmädchen** aus Heubisch eine Theatervorstellung besucht. **Vier Burschen,** die sich vorgenommen hatten, die Mädchen zu erschrecken, tauchten plötzlich, als diese in angeregter Stimmung spät nachts heimwärts gingen, **in weißer Verkleidung** auf der Landstraße auf. Sie kamen aber an die Unrechten. Die Mädchen gingen **zum Angriff über** und schlugen auf die „Gespenster" derart mit den Fäusten ein, daß es nicht schwer fiel, am nächsten Tage festzustellen, wer an dem nächtlichen Spuk teilgenommen hatte. Zu dem Schaden hatten die nächtlichen Gespenster nun noch den Spott.



Die deutsche Stoßarmee

Wenige Tage vor dem Beginn der Abrüstungskonferenz hat der französische General Bourgois in der Pariser Kammer das altbekannte Schreckgespenst von deutschen Geheimrüstungen an die Wand gemalt. Er hat das armselige deutsche Reichsheer als eine Stoßarmee bezeichnet, die in kurzer Zeit den Angriff gegen Frankreich aufnehmen könne. Wie in Wirklichkeit die Bedrohung Frankreichs aussieht, zeigt nebenstehendes Bild. Man muß dabei bedenken, daß es der deutschen Armee verboten ist, Tanks, Flugzeuge und schwere Geschütze zu verwenden

Eine Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheid

In einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei in Braunschweig sprach der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Dr. Breitscheid. Die heutige Stellung der Sozialdemokratie zum demokratisch-republikanischen System formulierte er dahin, daß ohne Ueberwindung des Kapitalismus und ohne Sozialismus keine wirkliche Demokratie möglich sei. Ueber die republikanische „Eiserne Front" erklärte er, daß sie den faschistischen Gegnern der Republik mit den Waffen entgegentreten werde, die diese ihr in die Hand drücken.

Zu außenpolitischen Fragen übergehend, führte Dr. Breitscheid aus, die Politik der Siegermächte sei nicht dazu angetan gewesen, die Arbeit der Linken in Deutschland leicht zu machen. Sie sei nicht getragen von Verständnis für die Lage der Republik und der Republikaner. Die Sozialisten billigten den Standpunkt des Reichskanzlers Dr. Brünings, daß Deutschland zukünftig nicht mehr zahlen könne. Die Reparationen und die Schuldenzahlungen der früheren Ententestaaten an Amerika hätten dazu beigetragen, die Wirtschaft zu ruinieren. Die Sozialdemokratie habe Erfüllungspolitik getrieben, nicht aus Ueberzeugung, daß sie berechtigt sei, sondern weil es damals keinen anderen Weg in der praktischen Politik gegeben habe und weil die Sozialdemokraten an die Vernünftigen im Auslande hätten appellieren wollen. Wir warnen aber, so sagte Dr. Breitscheid, den Parolen der Nationalsozialisten in Deutschland zu folgen und den Youngplan zu zerreißen. Bei einer Politik des Mundhelden-tums hätte die deutsche Arbeiterklasse nur die Zeche zu bezahlen. Wenn wir in Deutschland nicht mehr zahlen können, so muß dies Ziel auf dem Wege der Verständigung zu erreichen versucht werden. Die Sozialdemokratie treibt deshalb Tolorierungspolitik, weil ihr ohne sie durch das Zurmachtkommen des Faschismus noch schwerere und blutigere Opfer auferlegt werden würden. — Zur Frage der Reichspräsidentenwahl führte der Redner aus, die Sozialdemokratie sei zurzeit noch nicht willens, dazu Stellung zu nehmen, sondern lasse den Oppositionsparteien den Vortritt. Die Sozialdemokratie werde einen Kandidaten wählen, der ihr Gewähr gebe, daß er die Verfassung und die Republik am besten vertrete.

Die Ausführungen Breitscheids fanden in der Versammlung reichen Beifall.

Zahlungseinstellung der Evangelischen Zentralbank

Die Evangelische Zentralbank hat nach einer Meldung aus Berlin ihre Zahlungen eingestellt und ihre Schalter bis auf weiteres geschlossen.

Wie die Bank mitteilt, ist ein Vergleichsverfahren eingeleitet worden. Eine Nachricht darüber wird den Gläubigern der Bank in den nächsten Tagen zugehen.

Die Justizpressestelle teilt mit: In dem aus Anlaß der bekannten Schwierigkeiten der Zentralbank bei der Staatsanwaltschaft 1 Berlin eingeleiteten Ermittlungsverfahren hat der Vernehmungsrichter auf Antrag der Staatsanwaltschaft 1 gegen den Geschäftsführer Paul Runck und dessen Bruder, den Diplomingenieur Adolf Runck, Haftbefehl erlassen. Gegen beide Brüder besteht der dringende Tatverdacht des gemeinschaftlichen Betruges, gegen Paul Runck auch Tatverdacht der Depotunterschlagung und gegen Adolf Runck der Beihilfe dazu.

Wirtschaft und Justiz in den deutsch-österreichischen Angleichsbestrebungen

In einer Versammlung der Deutschen Handelskammer in Wien hielt Justizminister Dr. Schürff einen Vortrag über die Wirtschaft und Justiz in den deutsch-österreichischen Angleichsbestrebungen. Bei der innigen Verknüpfung von Wirtschaft und Justiz, sagte Dr. Schürff, liegt es nahe, daß die weitgehende Gleichartigkeit der Wirtschaftsstruktur bei uns und im Deutschen Reiche geradezu zwangsläufig zu inhaltlich übereinstimmenden Gesetzen und Regelungen führt. Es ergibt sich die Aussicht, daß der Gedanke der Rechtsgleichheit mit dem Staate, in dem wir unsere Hoffnung und Zukunft erblicken, immer weitere Fortschritte machen wird.

Vor dänischen Maßnahmen wegen des deutschen Butterzolls

Aus Kopenhagen, 20. Jan., wird gemeldet: Der Geschäftsausschuß der Vereinigung der Landwirte, der 150 000 Mitglieder zählt, hat heute an Regierung und Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der wegen Erhöhung der deutschen Butterzölle augenblickliche Kündigung des Handelsvertrages mit Deutschland empfohlen wird.

Die Regierung trat zu einer Konferenz zusammen, auf der beschlossen wurde, mit den Vertretern der Landwirtschaft zu erörtern, welche Schritte von Dänemark anläßlich der Erhöhung des deutschen Butterzolls unternommen werden sollen. An dieser Beratung werden die Außenminister und der Landwirtschaftsminister teilnehmen.

Raubmord auf der Straße

In Hindenburg wurde abends kurz nach 8 Uhr unter der Eisenbahnunterführung in der Ebertstraße der 27 Jahre alte Werkstudent Walter Miosga von einem Unbekannten durch zwei Schüsse getötet. Miosga brachte mit der Tochter eines Fleischermeisters Geld in einer Aktentasche vom Geschäft nach der Wohnung. Unter der Eisenbahnunterführung kam in gebückter Haltung ein Mann hervor, der den Eindruck eines Betrunkenen machte. Auf wenige Schritte Entfernung gab er auf Miosga zwei Schüsse ab, und es kam zwischen den beiden Männern zu einem Handgemenge, in de mMiosga die Aktentasche entrissen wurde. Als die Begleiterin, die auf die Schüsse hin die Flucht ergriff, sich wieder den beiden näherte, gab der Täter auch auf sie einen Schuß ab, der aber sein Ziel verfehlte. Dann flüchtete der Räuber. Miosga ist seinen Verletzungen erlegen.

Aus dem Reichsrat

Wohlfahrtslasten — innere Kriegsschulden

Der Reichsrat verlangt Hilfe für die Gemeinden — Ablehnende Erklärung des Reichsfinanzministers

Aus der Sitzung des Reichsrats

Der Reichsrat beriet in seiner Vollsitzung am Donnerstag die von der Regierung vorgelegte Zusammenstellung über die am Haushaltsplan 1931 vorgenommenen Aenderungen. Auf Antrag der Ausschüsse wurde der berichtigte Reichshaushalt zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig faßte der Reichsrat

einstimmig eine Entschließung,

in der es heißt:

„Der **Einnahmerückgang** in der Gesamtsumme der Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben des Reiches gegenüber den Vorjahren **trifft,** wenn man von der Industrieumlage und der Reparationsabgabe der Reichsbahn absieht, **nicht das Reich, sondern** bisher ausschließlich die **Länder und Gemeinden.**

Infolge des Rückganges der Ueberweisungen und der eigenen Steuern ergeben sich bei den Ländern trotz strengster Einschränkungen noch hohe Fehlbeträge, sowohl für 1931 als auch im Entwurf für 1932, und **keine Möglichkeiten, 1932 Tilgung schwebender Schulden einzusetzen,** während das Reich den Haushalt für 1931 und den Entwurf für 1932 vorläufig gedeckt und dabei für 1932 eine von 420 auf 870 Mill. RM. erhöhte Tilgung schwebender Schulden vorgesehen hat.

Infolge Steigerung der Zahl der Erwerbslosen sowie in Verbindung mit der Kürzung der Steuerüberweisungen behalten auch viele Gemeindehaushalte **für 1931 und 1932 große Fehlbeträge,** deren Deckung nicht möglich ist. Die zusätzliche Ueberweisung des Reiches an die Gemeinden von 230 Mill. RM. für Wohlfahrtslasten reicht demgegenüber nicht aus. Trotzdem hat das Reich im nächsten Jahre nur noch eine Ueberweisung von 50 Mill. RM vorgesehen.

Der Reichsrat ersucht die Reichsregierung im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft bei der Aufstellung des Haushalts für 1932 auf diese Tatsachen Rücksicht zu nehmen. Er ersucht die Reichsregierung insbesondere, an Stelle der für 1932 für das Reich allein vorgesehenen erhöhten Schuldentilgung in den **Reichshaushalt von 1932** für das Reich nur die bereits sehr hohe gesetzliche außerordentliche **Schuldentilgung von zusätzlich 420 Mill. RM. einzustellen** und die darüber **hinausgehenden Beträge den Ländern und Gemeinden** zur Vermeidung oder Deckung von Schulden zuzuweisen, um zu verhindern, daß Länder oder Gemeinden zusammenbrechen, oder daß eine wirtschaftlich untragbare und im Gegensatz zur Preissenkungspolitik stehende Anspannung weiterer Steuern den Ländern und Gemeinden erforderlich wird, noch bevor sich der Erfolg der bisherigen Aktionen auswirken kann."

Vorher machte der Berichterstatter, Ministerialdirektor **Brecht** u. a. folgende Ausführungen:

Nach dem berichtigten Haushalt betragen die gesamten ordentlichen und außerordentlichen Nettoausgaben des Reiches für 1931 nunmehr 8945 Mill. RM. (gegen 1930 ein minus von 2717 Mill. RM.). Die Einschränkungen sind trotz der gewachsenen Wohlfahrtslasten sehr hoch. Gegenüber dem Höchststand der Ausgaben im Jahre 1928 beträgt der Rückgang mehr als 3 Milliarden Mark. Die Ausgaben sind noch unter das Jahr 1926, das letzte Jahr vor der Besoldungserhöhung, um 582 Mill. RM. zurückgegangen. Unter den einzelnen Posten hat es neuerdings internationale Aufmerksamkeit erregt, daß Deutschlands normaler **innerer Schuldendienst nur 500 Mill. RM.** beträgt, gegen etwa 3 Milliarden in Frankreich und nach altem Kurse 6 Milliarden in England. Man hat es als Vorteil für Deutschland dargestellt, daß Deutschlands gesamte innere Staatsschuld jetzt nur 10 Milliarden Mark gegen 46 Milliarden in Frankreich und 130 Milliarden in England beträgt. Aber man hat vergessen, hinzuzufügen, daß

Deutschlands innere Schuld infolge der eigenen Kriegskosten ursprünglich mehr als 130 Milliarden Goldmark betrug, und daß wir gezwungen waren, diese Schuld bis auf 10 Milliarden deshalb zu streichen, weil wir, im Gegensatz zu England und Frankreich, nicht in der Lage waren, aus Steuern jährlich 6 Milliarden oder 3 Milliarden Mark unseren inneren Gläubigern zur Verfügung zu stellen.

Wenn man glaubt, daß es ein Vorteil für das deutsche Volk sei, nur noch 10 Milliarden Mark innere Staatsschulden zu haben, nun, so könnten sich diesen Vorteil ja auch andere Völker verschaffen, wenn sie auch bei sich die hohen inneren Schulden streichen. Man wird sich hüten, das zu tun, ohne daß die schwerste Lage dazu zwingt. Denn die Folge ist

eine furchtbare Verarmung, Kapitalnot und damit Entwertung aller Anlagen,

die kein Volk in höherem Grade als notwendig freiwillig auf sich nehmen wird. Von den öffentlichen Abgaben fließt in England mehr als ein Fünftel, in Frankreich mehr als ein Viertel an die eigenen inneren Gläubiger zurück.

Deutschland dagegen hat in den letzten 10 Jahren an Reparationen ans Ausland allein in barem Gelde sechs- bis achtmal soviel gezahlt, wie an seine inneren Kriegsgläubiger und viermal soviel wie für den gesamten staatlichen normalen Schuldendienst im Innern, einschließlich der Nachkriegsfolgen.

Der Redner erläuterte dann die Entschließung mit weiteren Zahlen und fuhr fort: Die Gesamtlage Deutschlands ist danach noch erheblich schlechter, als der Reichshaushalt sie zeigt. **Auch ohne Reparationen steht Deutschland noch phantastischen Schwierigkeiten gegenüber.** Keine der bisherigen Maßnahmen hat insbesondere die Zahl der Erwerbslosen vermindert. Sie ist immer weiter gestiegen von 4,4 Mill. Ende 1930 auf 5,7 Mill. Ende 1931.

Ministerialdirektor **Zarden** vom Reichsfinanzministerium gab darauf folgende Erklärung ab:

Die Reichsregierung verkennt die Bedeutung des Problems der **Wohlfahrtserwerbslosenlasten,** um die es sich wenigstens zum Teil in der Entschließung handelt, nicht. Sie hat das im Gegenteil durch verschiedene Maßnahmen auf diesem Gebiet im Laufe des letzten Jahres zum Ausdruck gebracht. Die Reichsregierung kann aber im Hinblick insbesondere auf die ungeklärten außenpolitischen Verhältnisse

im Augenblick eine Erweiterung der bisherigen Maßnahmen nicht in Aussicht stellen.

Sobald hier eine gewisse Klärung erfolgt ist, ist sie gern bereit, das Problem der Wohlfahrtserwerbslosenlasten zum Gegenstand weiterer Verhandlungen im Reichsrat zu machen.

Darauf wurde die Entschließung ohne weitere Aussprache einstimmig angenommen.

Der Reichsrat genehmigte weiter die deutsche **Arzneitaxe für 1932.** Die wesentlichste Aenderung gegen 1931 ist die Herabsetzung des Verdienstzuschlages des Apothekers von 75 auf 64 Prozent und des den Krankenkassen zu gewährenden Rabatts von 10 auf 7 Prozent.

Der Bekanntmachung der neuen Fassung des **Umsatzsteuergesetzes,** das durch Notverordnungen mehrfach geändert worden ist, wurde zugestimmt.

Die Vorlage über die Zulassung ausländischer Landarbeiter im Jahre 1932 wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da die Ausschußarbeiten noch nicht beendet sind.

*

Die Erklärung der Reichsregierung zur Frage der kommunalen Lasten aus der Fürsorge für die Wohlfahrtserwerbslosen ist, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, allen Reichsratsmitgliedern am Donnerstagabend **vollkommen überraschend** gekommen. Obwohl nach der Erklärung des Regierungsvertreters niemand das Wort ergriff, wird sich der

Reichsrat doch keineswegs mit dieser Mitteilung zufrieden geben.

Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß sich der Reichsrat in einer seiner nächsten Vollsitzungen noch einmal mit dieser Frage beschäftigen wird. Der Vertreter der Provinz Hannover, Oberbürgermeister **Menge**-Hannover, wird wahrscheinlich mit Unterstützung anderer Provinzialvertreter beantragen, diese Frage auf die Tagesordnung des Reichsrats zu setzen.

Eine „Verständigungsrede" in der französischen Kammer

Fortsetzung der Interpellationsdebatte

Der zweite Teil der Interpellationsdebatte in der französischen Kammer über die innere und äußere Politik der Regierung begann unter starkem Zudrang der Abgeordneten und der Tribünenbesucher.

Der radikale Abgeordnete **Nogaro** bemängelte die Finanzpolitik der früheren Regierungen und bedauerte lebhaft, daß man die verschiedenen Finanzskandale zu verschleiern versucht habe. Er sagte: „Die Schuldigen werden geehrt und die Verantwortlichen sind immer noch am Ruder!"

Die Ausführungen des nächsten Interpellanten, des sozialrepublikanischen Abgeordneten **Forgeot,** erregten gewisses Aufsehen. Deutschland habe, erklärte er, mit Hilfe von kurz- und langfristigen Krediten und auch aus eigenen Mitteln sich eine neue industrielle Ausrüstung geschaffen. Nun sei es in eine Krise hineingeraten, die man nicht übersehen könne. Das **Recht Frankreichs gegenüber Deutschland** müsse man nicht nur **aus dem Versailler Vertrag,** sondern **auch aus dem Youngplan herleiten.** Der Redner entwickelte sodann den Gedanken, daß Frankreich seine Schäden restlos vergütet haben wolle und für sich eine absolute Priorität gefordert habe. Der Rest, den ihm heute der Youngplan lasse, betrage ungefähr **zwei Milliarden Franks. Dieser kleine Ueberschuß sei heilig, und man könne Deutschland nicht gestatten, seine Privatschulden zu bezahlen, ohne diese Schuld in Rechnung zu stellen.**

Aber wäre es für Frankreich weise, hartnäckig „Nein" zu sagen? Keineswegs. Die Stunde einer mächtigen Gegenoffensive habe geschlagen.

Ein einfacher, klarer französischer Vorschlag an die gesamte Welt würde Frankreichs Gegner zur Entscheidung zwingen. Wenn es nun möglich wäre, ein gesunde Lösung zu finden, ohne die französische Sicherheit zu verringern, warum solle man das nicht versuchen? Warum wolle man Amerika heute nicht folgenden Vorschlag machen: Frankreich verzichtet auf seine Reparationen, wenn ihm seine Schulden erlassen werden. Frankreich ist bereit, seine Rüstungsausgaben um 25 Prozent herabzusetzen gegen die Zusicherung, daß der Garantievertrag von 1919 Kraft erlange. Könnte Frankreich das annehmen? Ja, Deutschland könne sich morgen in einer allgemeinen Erhebung auf Frankreich werfen. Gegen eine solche Gefahr sei die beste Rettung die Verständigung.

Unter ungeheurem Beifall des Hauses schloß Forgeot: „Kann Frankreich bei seiner negativen Politik bleiben? Ist es sich nicht selbst schuldig, einen positiven, konstruktiven Plan vorzuschlagen, um das allgemeine Unheil zu verhindern?"

Als nächster Interpellant sprach der Abgeordnete **Louis Dubois.**

Konflikt Reich — Braunschweig

Die braunschweigische Regierung gegen das Verbot der „Landeszeitung"

Das braunschweigische Staatsministerium teilt mit: Der Herr **Reichsminister des Innern** hat die braunschweigische Regierung ersucht, die **„Braunschweigische Landeszeitung"** wegen des Aufsatzes in Nummer 13 vom 13. d. M. unter der Ueberschrift „Fort mit Brüning" im Hinblick auf die darin enthaltene Kritik des Herrn Reichskanzlers auf die Dauer von **einer Woche zu verbieten.** Der **braunschweigische Minister des Innern** hat diesem Ersuchen **nicht entsprechen** können und gemäß § 13, Absatz 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März v. J. die Entscheidung des 4. Strafsenates des **Reichsgerichts angerufen.**

Verbotene Schülerversammlung

Die Rheydter Zeitung meldet: „Am Sonnabend, dem 16. Januar, nachmittags, fand im Lokale Ramrath in M.-Gladbach eine Versammlung des nationalsozialistischen Schülerbundes statt. Wie die Polizei feststellte, bestand der überwiegende Teil der Versammlungsbesucher aus Schülern höherer Schulen. Da diese entgegen einem Verbot des Provinzialschulkollegiums daran teilnahmen, wurden sie nach Feststellung ihres Namens veranlaßt, die Versammlung zu verlassen. Ihnen wird das Erforderliche durch die Schulleitung eröffnet werden."

Macdonald geht nicht nach Paris

Lavals Einladung abgelehnt

Aus London, 21. Jan., wird gemeldet: Ministerpräsident Macdonald, der von dem französischen Ministerpräsidenten Laval für das Wochenende zu Besprechungen nach Paris gebeten worden war, hat diese Einladung abgelehnt. Durch den Botschafter in Paris hat er der französischen Regierung sein Bedauern zum Ausdruck bringen lassen, daß er unter dem Druck der parlamentarischen Arbeiten nicht von London abkömmlich sei.

Angesichts dieses Entschlusses Macdonalds hat sich Außenminister Sir John Simon veranlaßt gesehen, seine Reisepläne nach Genf einer Nachprüfung zu unterziehen. In politischen Kreisen hält man es für durchaus möglich, daß er am Samstag auf der Durchreise in Paris einen Aufenthalt nehmen wird zu Besprechungen mit Laval und vielleicht auch mit anderen französischen Ministern.

Botschafter von Neurath bei Außenminister Simon

Aus London, 21. Januar, wird gemeldet: Botschafter **von Neurath** stattete am Donnerstag dem Außenminister **Simon** einen Besuch ab und legte ihm nochmals den deutschen Standpunkt zur Tributfrage und zur Frage der Lausanner Konferenz dar im Sinne der Mitteilungen, wie sie in Berlin dem englischen Botschafter gemacht worden sind. Er wies darauf hin, daß

eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums für Deutschland nicht in Frage komme.

Auch ein vollständiges Moratorium einschließlich eines solchen für die ungeschützten Tributzahlungen würde noch keine Erleichterungen bringen, wenn nicht noch vor dem 1. Juli in Verhandlungen über eine endgültige Regelung der Tributfrage eingetreten werde.

Da die Franzosen noch auf Garantien für die Erhaltung ihrer Youngrechte bestehen, ehe sie sich zur Teilnahme an einer Konferenz bequemen wollen,

sucht die englische Diplomatie eine neue Kompromißlösung,

über die aber bisher noch keine Entscheidung gefallen ist. Soviel scheint jedoch schon festzustehen, daß zunächst einmal ein **zeitlich unbegrenztes Moratorium vorgeschlagen werden soll.** Ueber die weiteren damit in Zusammenhang stehenden Fragen ist noch keine Klarheit geschaffen. Die Bemühungen der englischen Diplomatie richten sich noch immer auf das Ziel, die Lausanner Konferenz zustande zu bringen.

Dingeldey an Mahraun

Reichstagsabgeordneter Dingeldey hat, der Nationalliberalen Korrespondenz zufolge, zu dem Vorschlag des Jungdeutschen Ordens, die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten durch einen Volksentscheid in die Wege zu leiten, in einem Schreiben an Arthur Mahraun Stellung genommen. Abgeordneter Dingeldey stellt fest, daß die Deutsche Volkspartei die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs für eine dringende innen- und außenpolitische Notwendigkeit ansehe. Deshalb habe sie trotz mancher grundsätzlicher Bedenken auch dem Reichskanzler bei seiner Aktion die Unterstützung zugesagt. Das gelte selbstverständlich in erhöhtem Maße auch für den Fall einer Volkswahl. Dingeldey glaube, daß die einzelnen Parteien sich in der nächsten Zeit in dieser Frag äußerste Zurückhaltung auferlegen müßten, bs eine Klärung der Meinung auch in den Kreisen der Opposition eingetreten sei. Dann aber bedürfe es nicht des Umweges, den das Volksbegehren des Jungdeutschen Orden beschreiten wolle. Bei aller Anerkennung der guten Absichten, von denen die Aktion des Jungdeutschen Ordens geleitet sei, könne die Deutsche Volkspartei ihre Unterstützung hierfür nicht zusagen.

Auflösung des japanischen Parlaments

Das japanische Parlament trat am Donnerstag nach der Neujahrspause wieder zusammen. Bereits nachmittags ist seine Auflösung erfolgt, um der Regierungspartei, die gegenwärtig von 466 Kammersitzen nur 171 inne hat, die Möglichkeit zu geben, durch Neuwahlen eine arbeitsfähige Mehrheit in der Kammer zu erlangen. Die Neuwahlen dürften am 20. Februar stattfinden.

Die Rache ist mein, ich will vergelten, spricht der Herr. Römer 12, V. 19.

Nach 8 Wochen langer, schwerster Prüfung und Ungewißheit, erhielten wir am 19. d. Mts. die tieftraurige Nachricht, daß unser guter Sohn, lieber Bruder und Bräutigam

Fritz Cromm

Geschäftsführer

in fast vollendetem 28. Lebensjahre nicht mehr unter den Lebenden weilt. Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß bereitete eine ruchlose Mörderhand seinem blühenden Leben ein jähes Ende.

Alle, welche seinen geraden und aufrechten Charakter gekannt haben, werden unseren Schmerz über dieses tragische Ableben ermessen können.

Um stille Teilnahme bitten:

Familie Heinrich Cromm
Familie Emil Sohler

Burscheid, Essen und Opladen, den 20. Januar 1932.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 24. Januar, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Luisenstraße 33c, aus statt.
Von Beileidsbesuchen bitten wir höflichst Abstand zu nehmen.

Nach langer Ungewißheit erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser lieber Kamerad

Fritz Cromm

durch Mörderhand sein Leben lassen mußte.

Seit ihrer Gründung gehörte Kamerad Cromm zu unserer Ortsgruppe.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Der Stahlhelm
Ortsgruppe Burscheid.

Preisermäßigung

Beachten Sie die nachstehend aufgeführten ermäßigten Preise von:

	Ladenpreis			
Löhmer's Margarine	80	Pfg.	einschließlich	Rabattmarke
Carmen-Margarine	72	„	„	„
Silly-Margarine	63	„	„	„
Löhmer's Kokosfett	60	„	„	„
„ Malzkaffee	1/1 Pfund 45	„	„	„
„ Malzkaffee	1/2 Pfund 23	„	„	„
„ Kornkaffee	1/1 Pfund 43	„	„	„
„ Kornkaffee	1/2 Pfund 22	„	„	„
„ Haferflocken	1/1 Pfund 57	„	„	„
„ Haferflocken	1/2 Pfund 30	„	„	„
„ Kernseife	24	„	„	„
„ Edelschuhcreme	22	„	„	„
„ Edel-Bohnerwachs	kleine Dose 50	„	„	„
„ Edel-Bohnerwachs	große Dose 90	„	„	„
„ grüne Polierkegel	40	„	„	„

Robert Löhmer Lebensmittelgroßhandlung Solingen

MGV „Sängerbund" Burscheid

Freitag, den 22. Januar, anschließend an die Probe

Jahreshauptversammlung

Tagesordnung:

1. Jahres- und Kassenbericht.
2. Neuwahl ausscheidender Vorstandsmitglieder.
3. Festsetzung eines Arbeitsprogramms für 1932.
4. Verschiedenes.

Sämtliche Sänger müssen zur Stelle sein.

Der Vorstand.

Kasino Dierath

Samstag, den 23. Januar, abends 8.30 Uhr

Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Zahlung der Bezüge.
2. Zahlung der Mitgliedsbeiträge.
3. Vorstandswahl.
4. Bestellungen von Stickstoffdünger, Kohlen und Briketts.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Obst- und Gartenbauverein Burscheid

Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 6 Uhr

Generalversammlung

im Vereins-Lokale Friedrich Conrads. Danach um 8 Uhr beginnt der Vortrag über „Biologisch-dynamische Wirtschaftsweise". Das Erscheinen aller Mitglieder nebst Frauen erwartet

Der Vorstand.

Wieder bringt das

Lichtspielhaus Hilgen

am Samstag 8,15 Uhr und Sonntag 5 u. 8 Uhr einen großen hundertprozentigen Tonfilm den Lustspielschlager

Ein Walzer im Schlafcoupee

In der Hauptrolle
Lucie Englisch Albert Paulig
Julius Falkenstein Trude Berliner

Hierzu den großen Sensationsfilm

Die Opiumschmuggler von Montana

Lustspiel **Kulturfilm**

HILGEN!



Samstag, den 23. u. Sonntag, den 24. Januar, findet bei mir

Gr. Schlachtfest

statt, wozu freundlichst einladet

Wilhelm Dehnen
(früher Jul. Funke).

Wer nicht inseriert wird vergessen

Der umsichtige Geschäftsmann wird auch bei schlechtem Geschäftsgang seine Reklame nicht einstellen, sondern sich durch regelmäßig erscheinende Anzeigen immer wieder in Erinnerung bringen. Den Weg zu kaufkräftiger Kundschaft bietet ihm der Anzeigenteil des „Bergischen Volksboten". Schon eine mehrmalig erscheinende kleine Anzeige wird zur Belebung seiner Aufträge beitragen und ihm Erfolge bringen

---

Ausgezeichnete Steuerberatung

und wirtschaftliche Rechtsbelehrung bieten die

Wirtschaftlichen Kurzbriefe.

41000 KAUFLEUTE

bedienen sich der „W.-K." als eines unentbehrlichen Behelfs! Dreißig Fachmänner sind die ständigen Mitarbeiter der „Wirtschaftlichen Kurzbriefe". Schnell und zuverlässig orientieren die „W.-K." über folgende Gebiete: Steuerwesen, Aufwertung, Arbeitsrecht, soziale Versicherungen, Geld, Bank und Börse, sowie aktuelle Wirtschaftsfragen verschiedenster Art. Monatlicher Bezugspreis nur RM 2,65. Verlangen Sie erstmalig Probeabonnement!

RUDOLF LORENTZ VERLAG
Charlottenburg 9
Kaiserdamm 38

Gutschein!
An den
Rudolf LORENTZ Verlag
Charlottenburg 9

Gegen Einsendung dieses Kupons erhalten Sie eine Zeitlang die W.-K. gratis zugesandt!

Leupin-Creme u. Seife
vorzügliches Hautpflegemittel seit Jahren glänzend bewährt
bei **Flechte, Jucken,**
Ausschlag, Krätze, Hämorrhoiden, Beinschäden, Wundsein u.s.w.

Colonia-Drog. Leo Becker
Hauptstr. 29.

Schuster-Geräte mit Maschine und Walze

spottbillig zu verkaufen. Zu erfahren Burscheid, Luisenstraße 19a

---

5000 und 3000 RM

als erste Hypotheken zu mäßigem Zinsfuß auszuleihen.

Angebote unter W. M 100 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ordentl. sauberes 16- bis 18jähriges

Mädchen

für halbe Tage gesucht. Vorstellung vormittags.

Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kontor-Lehrling

mit guter Schulbildung, per 1. April gesucht. Selbstgeschrieb. schriftl. Angeb. erb.

Berg. Kerzen- und Wachswarenfabrik, Burscheid.

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Nr. 18 2. Blatt — Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Freitag, den 22. Januar 1932

Keine Neugliederung des Kirchenkreises Solingen

Herr Pfarrer Burkardt, Leverkusen-Schlebusch, sendet im Auftrage des Vorstandes des Kirchenkreises Solingen dem „Sol. Tagebl." einen Artikel, den auch wir hiermit zum Abdruck bringen, da die Angelegenheit auch für unser Verbreitungsgebiet von allgemeinem Interesse ist.

Unter Ueberschriften, wie „Kommunale Neugliederung und Kirchengemeinden — Neueinteilung des Kirchenkreises Solingen" u. ä., sind in der Tagespresse verschiedene Aufsätze veröffentlicht worden. Sie sind geeignet, Beunruhigung in die kirchlichen Kreise, namentlich des Kirchenkreises Solingen, hineinzutragen.

Es scheint uns nunmehr an der Zeit, auch vor der breiteren Oeffentlichkeit zu den genannten Aufsätzen Stellung zu nehmen. Wir sind uns dabei bewußt, daß in einer Zeit, in der die von hüben und drüben umdrängte und umdrohte evang. Kirche vor allem ihre inneren Kräfte zur Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe zusammenraffen muß, verwaltungstechnische Maßnahmen nicht das Uebergewicht über innerkirchliche Fragen haben dürfen.

Zunächst sei festgestellt, daß es ein in den Aufsätzen immer wiederkehrender, grundlegender Irrtum ist, als wenn die Rhein. Provinzialsynode von 1929 eine Anpassung der evang.-kirchl. Organisationen an die kommunalen Neugliederungen um jeden Preis gefordert hätte. Vielmehr ist es die einhellige Meinung der Provinzialsynode wie des Prov.-Kirchenrates wie des verstorbenen Präses D. Wolff — wir wissen das aus seinem eigenen Munde —, daß sich eine schematische Angleichung kommunaler und kirchlicher Grenzen nicht empfiehlt und auch praktisch sich nicht verwirklichen läßt. Eine sorgfältige Prüfung des ganzen Fragenkomplexes wurde allerdings den Synodalvorständen zur Pflicht gemacht.

Dieser Verpflichtung sind die Synodalvorstände der für eine etwaige Um- oder Neugliederung in Frage kommenden Kirchenkreise Lennep und Solingen pünktlich und gewissenhaft nachgekommen. Schon am 30. September 1929 traten sie zu einer gemeinsamen Beratung zusammen. Sie kamen nach sehr eingehender Besprechung aller in Betracht kommenden Fragen zu dem einstimmigen Beschluß, die Bildung einer 3. Synode für das Gebiet des heutigen Rhein-Wupperkreises abzulehnen, da kein Bedürfnis vorhanden sei, eine Aenderung der kirchlichen Verwaltung herbeizuführen. Für die wirksame Vertretung der kirchlichen Belange, namentlich in der Jugend- und Wohlfahrtspflege wurde Vorsorge getroffen.

Bei der Kreissynodalversammlung des Kirchenkreises Solingen am 8. Dezember 1929 stellte Synodale Weck-Solingen einen eingehend begründeten Antrag auf „Veränderung des Kirchenkreises Solingen". Schon die Verhandlungen der Kreissynode ließen keinen Zweifel darüber, daß die Synode in ihrer weitüberwiegenden Mehrheit die Schaffung einer Stadtsynode Solingen und einer den Rhein-Wupperkreis umfassenden Synode ablehne. Indes wurde ein 15gliedriger Ausschuß gewählt zur Weiterberatung des Antrags Weck. Die Verhandlungen dieses Ausschusses ergaben, abweichend von dem Antragsteller, die völlig einmütige Auffassung, daß eine Teilung des Kirchenkreises zur Zeit nicht für notwendig erachtet werden könne, daß vielmehr die Auswirkungen der kommunalen Umgemeindungen innerhalb des Kirchenkreises abgewartet werden müßten. Darauf stellte der Synodale Weck seinen Antrag zurück. Die Behauptung in einem der Aufsätze „die Wünsche in Solingen gehen auf Schaffung eines Kirchenkreises Solingen unter Außerachtlassung des bisherigen unteren Kreises Solingen" ist ebenso unrichtig wie etwa die, daß die Wünsche im unteren Kreis Solingen auf die Schaffung einer den Rhein-Wupperkreis umfassenden neuen Synode gingen.

Infolge der verschiedenen Zeitungsaufsätze befaßten sich die Synodalvorstände Lennep und Solingen am 26. März 1931 noch einmal mit dem Gegenstand und kamen wiederum zu der einstimmigen Ablehnung der Schaffung einer 3. Synode.

Auf eine allgemein für die Kirchenprovinz ergangene Aufforderung des Prov. Kirchenrates vom 20. November 1931 — von einer „Notverordnung" kann gar keine Rede sein — prüfte der Synodalvorstand Solingen in seiner Sitzung am 14. Januar dieses Jahres erneut die Frage einer Neugliederung der Synode Solingen. Sein einstimmiger Beschluß war der:

„Die Entwicklung der gesamten Verhältnisse seit 1929 hat den Synodalvorstand in der in seinen früheren Beschlüssen niedergelegten Ueberzeugung nur gefestigt, daß eine verwaltungstechnische Neuregelung der kirchlichen Verhältnisse innerhalb des Kirchenkreises Solingen, insbesondere die Schaffung einer dritten Synode, unzweckmäßig und unzeitgemäß sei".

Zur noch wirksameren Vertretung der evangelisch-kirchlichen Belange bei den kommunalen Stellen werden der diesjährigen Kreissynode weitere Vorschläge gemacht werden.

In einem jüngst in der „Bergischen Zeitung" erschienenen Aufsatz wird bedauerlicherweise die Person des Leiters des Kirchenkreises Solingen, des Superintendenten von Scheven in die Besprechung gezogen und die kühne, durch nichts zu beweisende Behauptung aufgestellt, daß „man", d. h. wohl der Synodalvorstand, seine Beschlüsse mit Rücksichtnahme auf die Person des Superintendenten gefaßt habe. Wir weisen das mit aller Entschiedenheit zurück. Superintendent von Scheven hat von Anbeginn der Verhandlungen an mit großem Ernst und im vollen Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit für die Sache betont, daß eine Rücksichtnahme auf seine Person nicht im mindesten eine Rolle spielen dürfe. Er ist weit davon entfernt, irgendwie die Beschlüsse des Synodalvorstandes beeinflussen zu wollen. Und der Synodalvorstand faßte seine Beschlüsse wie immer unter voller Wahrung seiner Auffassung und seiner gewissensmäßigen Verpflichtung, nur die Sache, nur das Wohl der Gemeinden und der Kirche im Auge zu haben. Er wird sich darin von keiner, auch nicht von etwa persönlich interessierter Seite irremachen lassen.

Aus der Heimat

„Walzer im Schlafcoupee"

Wie man aus einer ganz kleinen winzigen Idee schließlich doch noch einen netten, sympathischen Film macht, das ist im Lichtspielhaus Hilgen, wo am Samstag und Sonntag der Lustspielschlager „Ein Walzer im Schlafcoupee" gegeben wird, zu sehen. Da läuft die Geschichte einer Verlobung auf Umwegen, die im Schlafwagen, beginnt und beim Motorbootrennen endet. Die beiden Glücklichen, die zusammen kommen sollen, sind die niedliche quecksilbrige Lucie Englisch und der nette sympathische Fritz Schulz. Ueber ihnen schweben zwei alte Onkel. Von Albert Paulig und Julius Falkenstein mit ihrem wirkungssicheren, trockenen Humor dargestellt. Zwischendurch tanzt Trude Berliner, die am allzu tauglichen Objekt die Erziehung zur Ehe versucht. Zeigt sich Adele Sandrock als Anstandswauwau und Angelo Ferrari als eifersüchtiger Kunstschütze.

Weiter werden der große Sensationsfilm „Die Opiumschmuggler von Montana" sowie ein köstlicher Lustspiel- und ein interessanter Kulturfilm gegeben.

Siehe auch Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Generalversammlung des Kasino Dierath

Am morgigen Samstagabend, 8,30 Uhr, hält das Kasino Dierath im Vereinslokal seine Generalversammlung ab, der nachstehende Tagesordnung vorliegt: Zahlung der Bezüge und der Mitgliedsbeiträge, Vorstandswahl, Bestellungen von Stickstoffdünger, Kohlen und Briketts sowie Verschiedenes.

Siehe Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Generalversammlung des Obst- und Gartenbauvereins

Wie aus der Anzeige ersichtlich ist, hält der Obst- und Gartenbauverein Burscheid am kommenden Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 6 Uhr, im Vereinslokale seine Generalversammlung ab. Hieran anschließend, um 8 Uhr, Vortrag über „Biologisch-dynamische Wirtschaftsweise".

Zu diesem Vortrage sind auch die Frauen der Mitglieder, sowie Nichtmitglieder und deren Frauen willkommen. Handelt es sich doch da um die Erziehung gesunden Gemüses etc. und um deren richtige Anwendung in der Küche.

Der Vortrag soll aufklärend sein, da die „Biologisch-dynamische Wirtschaftsweise" vielleicht ein Problem für die Zukunft bedeutet. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Schlachtfest in Hilgen

Im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe ladet Herr Wilhelm Dehnen (früher Julius Funke) in Hilgen zu einem am Samstag, den 23. und Sonntag, den 24. Januar, bei ihm stattfindenden großen Schlachtfest ein.

Werbe-Schauturnen der Burscheider Turngemeinde e. V.

Trotz der ernsten Zeiten hat sich die Burscheider Turngemeinde e. V. entschlossen, auch in diesem Jahre ihr Werbeschauturnen zu veranstalten und ist dasselbe für Samstag, den 30. Januar, 7 Uhr abends, in der hiesigen Schützenburg vorgesehen.

Alle Abteilungen des Vereins werden hieran teilnehmen und die Vielseitigkeit des deutschen Turnens vorführen.

Nach einem allgemeinen Aufmarsche werden die Vorführungen beginnen. Besonders die Kinderabteilungen, die z. Zt. außerordentlich stark sind, werden eine besondere Anziehungskraft bilden.

Mehrere humoristische Einlagen sowie ein flotter Einakter werden das sonst lediglich turnerisch und sportlich eingestellte Programm angenehm unterbrechen und auch für den weniger Interessierten den Abend unterhaltend gestalten.

Die Burscheider Turngemeinde ist es gewohnt, bei ihren Veranstaltungen stets volle Häuser zu haben, und so ist auch ja wohl bei dieser Abendveranstaltung speciell auch wegen des großen Interesses an der Turn- und Sportsache zu erwarten, daß zahlreicher Besuch die Anerkennung für die ernste vaterländische Arbeit des Vereins zum Ausdruck bringen wird.

Aus dem MGV „Frohsinn" Hilgen

In der Jahres-Hauptversammlung des MGV „Frohsinn" Hilgen, wurde der Ehrenvorsitzende, Herr Wilh. Ortlinghaus aus Hilgen wiederum zum 1. Vorsitzenden gewählt. Der Gewählte hat früher schon, viele Jahre hindurch die Geschicke des Vereins geleitet.

Preußisch-Süddeutsche Staatslotterie

Die amtlichen Gewinnlisten der Ziehung der 4. Klasse, die am 13. und 14. Januar stattfand, sind erschienen. Die Lose zur letzten Klasse, deren Ziehung vom 9. Februar bis zum 14. März dauert, liegen bei den zuständigen Einnehmern zur Einlösung bereit. Schluß der Erneuerung ist Dienstag, der 2. Februar.

Noch kein Sportwetter in Sauerland und Eifel

Winterberg und die übrigen Wintersportplätze des Sauerlandes meldeten gestern Temperaturen von 4—7 Grad unter Null. Es herrscht Ost-Südostwind. Im ganzen Sauerland ist trotz der zunehmenden Kälte noch kein Schnee gefallen. Auch die Eifel ist noch ganz ohne Schnee.

Steuererklärungen einreichen!

Nach einer Verordnung des Reichsfinanzministers vom 31. Dezember 1931 sind die Steuererklärungen zur Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer für die im Kalenderjahr 1931 endenden Steuerabschnitte bis zum 29. Februar 1932 dem zuständigen Finanzamt einzureichen. Die Erklärungsformulare werden in der nächsten Zeit vom Finanzamt zugesandt werden. Es empfiehlt sich schon jetzt die nötigen Vorbereitungen für die Abgabe der Erklärungen zu treffen und die erforderlichen Arbeiten wie Bücherabschlüsse, Zusammenstellung des Jahresergebnisses, Ordnung von Belegen und dergl. vorzunehmen, da-

Haftbefehl gegen Neffgen

Die Polizeipressestelle teilt mit:

Die in der Mordsache Cromm angestellten Nachforschungen haben zur Festnahme des Kaufmanns Neffgen in Reusrath geführt, in dessen Wohnung ein Rock beschlagnahmt worden ist, an dem sich blutähnliche Flecken befanden. Neffgen ist gestern dem Richter vorgeführt worden, der auf Grund des Ermittlungsergebnisses Haftbefehl erlassen hat.

Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat für Mitteilungen, die zur Ermittlung der Täter führen, die Belohnung von 300 Mark auf 500 Mark erhöht. Die Belohnung ist ausschließlich für Personen aus dem Publikum bestimmt.

Nachrichten, die streng vertraulich behandelt werden, erbittet die Kriminalpolizei Düsseldorf, Polizeipräsidium Mühlenstraße, Zimmer 237, Telephon 102 15, Nebenanschluß 272.

*

Wie die „Opladener Zeitung" mitteilt, tauchte dort das Gerücht auf, daß außer Neffgen auch zwei Düsseldorfer Händler verhaftet worden seien. Auf die diesbezügliche Anfrage bei der Düsseldorfer Kriminalpolizei war eine Bestätigung dieser Meldung nicht zu erhalten. Später jedoch wurde sie von der dortigen Stelle dementiert.

Auch hier in Burscheid tauchte gestern um die Mittagsstunde das Gerücht auf, Neffgen hätte seine Schuld gestanden. Diese Nachricht sei von einem Landjägerbeamten einem Burscheider gegenüber geäußert worden. Unsere Anfrage bei dem betr. Landjäger ergab aber einwandfrei, daß diese Mitteilung erfunden war, und der Beamte noch mit keinem Burscheider über diese Angelegenheit am gestrigen Tage gesprochen hatte. Was man heute von den Leuten hört, muß man sehr vorsichtig auffassen, es sind meistens doch nur Gerüchte.

An und für sich ist das Ergebnis der kriminellen Vernehmung sehr gering und läßt bis jetzt kaum Rückschlüsse auf die Täterschaft zu. Immerhin dürfte schwerwiegend sein, daß der Untersuchungsrichter sich doch zur Ausstellung des Haftbefehls entschlossen hat.

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der Kreis- Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft, Opladen vom 21. Januar 1932

Feldsalat 6—8,7; Wirsing grün 2—3,2; Wirsing gelb 1—2; Rotkohl 2,5—3,5; Weißkohl 1,5—2; Rosenkohl 7—9; Grünkohl 1,2—2; Zwiebel 11,9; Rote Möhren 1,5—2,5; Rote Beete 1,7—3,1; Sellerie 8—12; Porree 1,2—3; Kohlrabie blau 1,5—1,8; Spinat 5—6,5; Eier 8,3—9,1.

Tendenz: Anfuhr mäßig. Nachfrage gut bei anziehenden Preisen.

Butterzoll

Zu der vom Reichsernährungsministerium veröffentlichten Begründung zur Erhöhung des Butterzolles schreibt uns der „Verband westdeutscher Eier- und Fettwaren-Kaufleute e. V.", Sitz Köln:

Die in der Begründung angeführte Berliner Butternotierung von z. Zt. 97 RM pro Zentner wird in Verbraucherkreisen leicht zu der Auffassung führen, daß der Handel zu diesem Preise einkaufe. Im Vergleich mit den üblichen Verkaufspreisen entsteht hierdurch die Legende von der „ungerechtfertigten Verdienstspanne" des Handels. Tatsächlich liegen die Verhältnisse aber so, daß zum Preise von 97 RM der Handel keine Butter erster Qualität beziehen kann, vielmehr kommen zu diesem Preise noch Ueberpreise von 10 bis 20 RM, die Frachtkosten und die Kosten für das Faß, sodaß unter Zugrundelegung der Berliner Notierung von 97 RM der Großhandelseinkaufspreis zwischen 112 und 120 RM schwankt. Die amtliche Kölner Notierung beträgt zu gleicher Zeit 110 RM ausschließlich Fracht und Faßkosten. Unter Berücksichtigung dieser Umstände ist zwischen der Kölner und Berliner Notierung kein Unterschied und daher der Berliner Notierungspreis von 97 RM für das Publikum irreführend. Kleinverkaufspreise von 1.30 bis 1.40 RM pro Pfund stellen den „gerechten Preis" dar.

Wie sich die neue Zollerhöhung auswirkt, bleibt abzuwarten, da noch verschiedene Fragen, insbesondere die Frage der Kontingentverteilung, ungeklärt sind.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Im abgelaufenen Jahre 1931

wurden in unserer Kirchengemeinde folgende Amtshandlungen vorgenommen: Taufen 14 (24), Trauungen 10 (17), Beerdigungen 24 (25). (Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr). Die Zahl der Taufen ist wohl nur scheinbar so stark zurückgegangen, da manche Taufen sogleich im Solinger Krankenhaus, wo auch die Geburt stattfand, vorgenommen wurden. Bei den Beerdigungen handelte es sich in einem Falle um ein Kind, in 15 Fällen um Männer und in 8 Fällen um Frauen. Von den 23 Erwachsenen waren 2 Frauen noch unter 30 Jahren, 6 standen in einem Alter zwischen 60 und 80 Jahren, und 2 Männer waren über 80 bzw. 90 Jahre alt.

Konfirmiert wurden 3 Knaben und 5 Mädchen, gegen 10 und 3 das Jahr zuvor. Aus der Kirche ausgetreten sind 5 Männer und 2 Frauen.

Die diesjährige Altenfeier ist für den 15. Februar, das Jahresfest des Frauenvereins für den 14. März in Aussicht genommen.

---

mit die Einhaltung der Frist gewährleistet ist. Es wird soviel über die Verwaltungsvereinfachung geredet. Jeder einzelne sollte daran denken, daß er durch Einhaltung der vorgeschriebenen Fristen selbst die Vereinfachung der Verwaltung zu seinem Teil in der Hand hat und daß er durch Säumigkeit in unverantwortlicher Weise die Kosten der Verwaltung erhöht. Darum schon jetzt mit den Arbeiten beginnen, die doch gemacht werden müssen.

Landgericht gegen Oberpräsident

Anfang November 1930 hatte das erweiterte Schöffengericht in Wuppertal in einem Strafverfahren gegen sieben Barmer Nationalsozialisten sich über politische Umzüge dahin festgelegt, daß geschlossene Heimkehr parteiuniformierter Leute von einer unpolitischen Veranstaltung noch kein politischer Umzug sei, es aber werde, wenn die Gruppe sich nach einer Zerstreuung durch die Polizei wieder zusammenfinde. Mit dieser Begründung waren damals vier Angeklagte freigesprochen und nur drei andere wegen Tragens besonderer Abzeichen verurteilt worden. In der Berufungsinstanz vor der Großen Wuppertaler Strafkammer wurden jetzt sämtliche Angeklagte freigesprochen. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß die umstrittene Notverordnung des Oberpräsidenten zwar nicht als unbedingt ungültig angesehen zu werden brauche, daß ihre Gegner sie aber auch mit einer gewissen Berechtigung als unwirksam bezeichnen könnten.

Rückgang des Lebenshaltungsindex im Jahre 1931

In den Monaten Januar bis Dezember 1931 ist der Lebenshaltungsindex (1913/14 = 100) von 140,4 auf 130,4 zurückgegangen. In erster Linie wurden von dem Preisrückgang die Indexziffern für Ernährung und Bekleidung betroffen, die sich von 133,5 im Januar auf 119,9 im Dezember bzw. von 146,4 auf 129,1 verringerten. Während demzufolge der Index für Ernährung im vergangenen Jahr um 13,6 und der Index für Bekleidung um 17,3 Punkte zurückging, blieben die Indexziffern für Wohnungskosten mit 131,8 im Januar und 131,6 Punkten im Dezember 1931 nahezu unverändert. Desgleichen hat sich auch der Heizungs- und Beleuchtungsindex von 150,4 auf 148,8 nur unmerklich gesenkt. Die Verbilligung der Mieten und der Heizungs- und Beleuchtungskosten wird in den Indexziffern auf Grund der ab 1. Januar 1932 vorgenommenen Ermäßigung erst von diesem Zeitpunkt ab sichtbar werden.

Falsche Polizisten

Solingen, 22. Jan. In der Frühe des Dienstags traten zwei jungen Männern, die sich auf dem Heimweg befanden, zwei Männer in den Weg und gaben sich als Polizeibeamte aus, hielten ihnen Pistolen vor mit dem Ruf: „Hände hoch!" und durchsuchten ihnen die Taschen. Darauf ließen die angeblichen Polizisten die beiden jungen Männer wieder frei, ohne sich etwas anzueignen. Eine Polizeistreife, die sofort den Stadtpark absuchte, fand keine Spur mehr. Es soll sich nicht um einen Raubüberfall, sondern um eine politische Angelegenheit handeln.

---

berger Straße einen Koffer mit Kleidungsstücken und Papieren stahl. Der Spitzbube begab sich mit dem gestohlenen Gut zu Fuß nach Köln. Durch eine Polizeistreife wurde er bei Leverkusen gestellt, und untersucht. Hierbei entdeckte man Papiere, die sich nicht mit der Person des Spitzbuben deckten. Er wurde eingeliefert und ergaben die eingesetzten Nachforschungen den Tatbestand wie geschildert. Der Bestohlene erhielt sein Eigentum zurück, ehe er eine Ahnung von dem Diebstahl hatte.

„Vergoltenes" Entgegenkommen

Leichlingen, 22. Jan. Schon mit 17 Jahren triebs ihn in die Fremdenlegion. Längere Zeit ist der Hoffnungsvolle schon wieder in Solingen seßhaft. In den Weihnachtstagen besuchte er seinen Schwager in Leichlingen, um ihn bei dieser Gelegenheit um 50 Mark zu erleichtern. Vor einigen Tagen wiederholte er seinen Besuch in Begleitung eines Komplizen, als der Ehemann abwesend war. Die beiden entfernten sich aber bald wieder, um im angrenzenden Walde eine günstige Gelegenheit abzuwarten. Unter Zurücklassung ihres 1½jährigen Kindes verließ die Frau ihre Wohnung zu einer Besorgung. Als die Luft rein war, drangen die „Unentwegten" in die Wohnung ein und stahlen 35 Mark Bargeld und zwei Sparkassenbücher. Inzwischen ist festgestellt worden, daß von der Sparkasse 128 Mark auf die Sparbücher abgehoben worden sind. Die Landjägerei, die sich um die Vorgänge sehr interessierte, hat festgestellt, daß den Dieben der Boden zu heiß wurde. In Solingen hat der treue Schwager sich inzwischen abgemeldet, und hinterläßt neben Weib und Kind diejenigen, die er in schnöder Weise betrogen hat.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Schnell gelöschter Brand

Berg. Neukirchen, 22. Jan. Ein Brand entstand gestern abend gegen 7,30 Uhr in der Backstube des Bäckermeisters L. in Hüscheid. Das Feuer verbreitete sich von einem kleinen Backofen aus. Während der Bäcker vorübergehend in der Wohnung war, hatte sich der mit dem Ofen verbundenen Gasschlauch gelöst. Dabei fing das ausströmende Gas an dem Ofen Funken, so daß der Schlauch in Flammen geriet und das Feuer auf in der Nähe liegendes ausgetrocknetes Holz übertrug. Durch rasches Zugreifen konnte der Brand durch den Bäcker schnell gelöscht werden. Ein wesentlicher Schaden ist nicht entstanden.

Die Flucht aus dem Leben

Opladen, 22. Jan. Selbstmord verübte gestern nachmittag der 26 Jahre alte Hausierer Robert F. aus der Reuschenberger Straße 37. Er hatte sich an der Türangel im Wohnzimmer erhängt. Vor einigen Jahren hatte F. schon einmal einen Selbstmordversuch unternommen. Er hängte sich damals an die Starkstromleitung und trug derart schwere Brandwunden davon, daß ihm beide Arme amputiert werden mußten. F. war schwer nervenleidend, was wohl auch die Ursache zu diesem traurigen Schritt gewesen sein wird. Er war ledig und wohnte bei seinen Eltern.

Erregte Aussprache im Stadtparlament

Leverkusen, 22. Jan. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten beschäftigte sich das Kollegium in mehr als zweieinhalbstündiger, zum Teil sehr erregter Aussprache mit den Verhältnissen bei der Gemeinnützigen Baugenossenschaft. Nach eingehender Behandlung der Fragen wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und der Christlichsozialen ein Beschluß gefaßt, nach dem die Stadtverordnetenversammlung empfiehlt, die Mieten bei der Baugenossenschaft um eine Mark pro Raum zu senken, jedoch hat die Baugenossenschaft vorher ihre Zustimmung zur Errichtung einer Zwischengenossenschaft nach den Vorschlägen der Verwaltung zu erteilen. Die Aufhebung der Zwangsverwaltung ist nach der Errichtung der Zwischengenossenschaft bei dem Amtsgericht zu beantragen.

Früh übt sich . . .

Leverkusen, 22. Jan. Ein junges Mädchen von 15 Jahren aus Rheindorf kam zu einem Juwelier in der unteren Hauptstraße und ließ sich verschiedene Ringe vorlegen. Der Juwelier beobachtete, wie das Mädchen einen Ring im Werte von 17 Mark an sich nahm. Als es den Laden wieder verlassen wollte, wurde es von dem Juwelier gestellt, der ihr den Ring wieder abnahm. Das Mädchen, das bereits am Tage vorher im Geschäft war, wahrscheinlich um die „Situation" auszukundschaften, wurde der Polizei übergeben.

Anerkannte Leiche

Monheim, 22. Jan. Die am Mittwoch gelandete Leiche wurde als die der Ehefrau Margaretha Schneider aus Köln-Bayenthal anerkannt. Frau Schneider, die seit dem 23. Dezember 1931 vermißt wird, hat in einem Anfalle von Schwermut den Tod gesucht. Die Leiche wurde nach Köln zur Beerdigung übergeführt.

Schnell gefaßter Dieb

Langenfeld, 22. Jan. Schnell gefaßt wurde ein Spitzbube aus Köln, der in der Nacht zum Mittwoch von einem Gutshof an der Baum-

Aus Westdeutschland

Gasexplosion in Elberfeld

Wuppertal, 22. Jan. In dem Kipdorf, einer Straße im Mittelpunkt des Stadtteiles Elberfeld, waren gestern einige Arbeiter im Keller eines Uhrwarengeschäfts an der Gasleitung beschäftigt. Aus bisher unbekannter Ursache erfolgte plötzlich eine heftige Explosion, die die Schaufensterscheiben und eine Wand im Innern des Geschäfts zertrümmerte. Während zwei Gasarbeiter leichtere Verletzungen davontrugen, kamen die im Laden befindlichen Personen mit dem Schrecken davon. Der Schaden ist beträchtlich.

Radrennbahn versteigert

Düsseldorf, 22. Jan. Die Oberkasseler Radrennbahn kam zur Versteigerung. Das Gericht hatte einen Wert von 56 000 RM angenommen. Alleinbietender blieb die Rheinbahn mit 2900 RM. Den Antrag zur Zwangsversteigerung hatte die Höfelbrauerei gestellt, die aber kein Gebot abgab. Die Rheinbahn hat als eine erste Hypothek 18 000 RM auf der Rennbahn stehen, so daß, wenn der Zuschlag erteilt werden würde, der erst in acht Tagen zu erwarten ist, dieser große Geländekomplex billig in die Hand der Rheinbahn käme.

Schwerer Verkehrsunfall

Köln, 22. Jan. Am Mittwoch morgen wollte der 74jährige Direktor Max Baumann am Oberländer Ufer den Fahrdamm überqueren. Er wurde dabei von einem Personenkraftwagen erfaßt, zu Boden geschleudert und an den Beinen schwer verletzt. Der Kraftfahrer brachte den Verunglückten zum Antoniushospital, wo ihm beide Beine abgenommen werden mußten. An den erlittenen Verletzungen ist der Bedauernswerte gestern morgen gestorben. Die Schuldfrage ist noch nicht einwandfrei geklärt.

50 000 Mark im Kartoffelsack. — 1000 Mark verschwunden

Köln, 22. Jan. Dieser Tage hatte, wie die Kölnische Zeitung meldet, die Stationskasse eines Kölner Vororts bei der Reichsbank eine große Barsumme in Empfang zu nehmen. Der Stationskassierer, ein Oberinspektor und ein Ueberwachungsbeamter sollten in einem Kraftwagen das Geld holen. In zwei Ledertaschen wurden die Kassenscheine untergebracht. Etwa 50 000 Mark Silbergeld erhielten die Beamten in Beuteln, wobei jeder Beutel 1000 RM enthielt. Diese Beutel steckte man im Wagen in einen großen Kartoffelsack. An der Stationskasse wurde festgestellt, daß einer dieser Beutel verschwunden war. Man vermutete Diebstahl. Der Kraftfahrer mußte zugeben, daß er sich „zwei Sekunden" von dem seiner Obhut anvertraut gewesenen Kraftwagen entfernt hatte, und da er 1000 Mark Schulden hatte, kam er in Haft, die sich jedoch nicht aufrechterhalten ließ. Der Beutel blieb verschwunden.

Schießerei im Severinsviertel

Köln, 22. Jan. Donnerstag nachmittag gelang der Kölner Kriminalpolizei die Festnahme der beiden letzten Schaufensterräuber, von denen bisher 16 festgenommen wurden. Die Beamten suchten bereits seit Tagen nach den beiden Verbrechern, die gestern nachmittag plötzlich mit einem Motorrad „An der Eiche" auftauchten. Als sie die Beamten sahen, gaben sie Vollgas und versuchten davonzurasen, während sie wie wild um sich schossen. Es blieb den Beamten nichts übrig als ebenfalls zur Waffe zu greifen. Sie setzten sich gleichfalls auf ein Motorrad und eine wilde Jagd setzte ein. Schließlich mußten sich die Einbrecher ergeben. Sie wurden zum Klingelpütz gebracht.

Autoräuber Kautz und Genossen zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt

Köln, 22. Jan. Das erweiterte Schöffengericht in Köln verurteilte gestern den berüchtigten 24jährigen Straßenräuber Georg Kautz zu zehn Jahren Zuchthaus, seinen Komplizen Leonhard Wings zu sechs Jahren Zuchthaus und die übrigen Gehilfen zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Zwei Angeklagte wurden mangels Beweises freigesprochen. Die Angeklagten hatten in einer Reihe von Fällen nachts Autos mit vorgehaltenem Revolver angehalten und die Insassen ausgeplündert. Dabei war der berüchtigte Kautz immer der Anführer, der sich demnächst auch wegen des Mordes in der Spichernstraße an dem Kaufmann Pfitzner zu verantworten hat. Pfitzner wollte seinerzeit Kautz an dem Diebstahl eines Autos hindern, wurde aber von ihm rücksichtslos niedergeschossen. Ein zweiter Passant ist bei dem Vorfall schwer verwundet worden. Außer den Raubüberfällen auf Kraftwagen hatten die Angeklagten einen Lohngeldraub in Frechen ausgeführt, wobei sie 4500 Mark erbeuteten und den Kassenboten niederschossen.

Zahlungseinstellung Gladbacher Webereien

Gladbach-Rheydt, 22. Jan. Wieder haben sich zwei angesehene Weberei-Unternehmungen in Gladbach-Rheydt gezwungen gesehen, infolge der großen Verluste in der Kundschaft, ihre Zahlungen einzustellen. Die Firma Hermann Aretz erstrebt mit annähernd 100 000 Mark Verbindlichkeiten einen außerordentlichen Vergleich, bei dem 25 Prozent geboten werden sollen. Die Tuchfabrik Wilhelm Fröde, deren Verpflichtungen sich auf 140 000 Mark belaufen, will einen gerichtlichen Liquidationsvergleich mit einer durch Bürgschaft gesicherten Quote von 30 Prozent abschließen.

Wieder ein Schmuggler erschossen

Kevelaer, 22. Jan. Zollbeamte stießen in der Nacht zum Donnerstag im Grenzbezirk auf eine sechs Mann starke Schmugglerbande, von der drei Mitglieder auf die Haltrufe der Beamten hin stehen blieben. Die drei übrigen liefen davon. Zwei entkamen im Dickicht. Auf den dritten, der trotz mehrfacher Aufforderung nicht stehen blieb, gab ein Zollbeamter einen scharfen Schuß ab. Der Schmuggler wurde so schwer getroffen, daß er nach kurzer Zeit starb. Es handelt sich bei ihm um einen Wirt und Kolonialwarenhändler aus Twisteden bei Kevelaer.

Ein Ehepaar springt aus dem Fenster

Gelsenkirchen, 22. Jan. In der Siedlung Neu-Jerusalem im Stadtteil Buer kam es zwischen einem Ehepaar zu einer heftigen Auseinandersetzung. In ihrer Angst sprang schließlich die Frau aus der in der ersten Etage liegenden Wohnung auf die Straße. Als der Mann sah, was er angerichtet hatte, sprang er seiner Frau durch das Fenster nach. Das Ehepaar erlitt schwere Knochenbrüche und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Den Stiefsohn erschossen

Gelsenkirchen, 22. Jan. Im Stadtteil Horst-süd kam es am Donnerstag in einem Hause der Sackstraße zu einer blutigen Familientragödie. Der 26 Jahre alte Erwerbslose Benno Daht geriet aus einer geringfügigen Ursache mit seinem Stiefvater, dem 41jährigen Bergmann Fritz Annus, in Streit, in dessen Verlauf dem letzteren mehrere Zähne ausgeschlagen wurden. Familienangehörige trennten die Streitenden. Daht lief hierauf in ein anderes Zimmer. Der Bergmann glaubte in der Hand seines Stiefsohnes einen Dolch zu sehen und da er sich bedroht fühlte, zog er eine Pistole und gab auf Daht einen Schuß ab. Dieser brach mit einer schweren Lungenverletzung zusammen. Annus flüchtete nach der Tat, konnte aber von dem Ueberfallkommando, das die Verfolgung aufnahm, festgenommen werden.

Vom Aberglauben geheilt

Trier, 22. Jan. Anfangs dieser Woche kam eine junge Verkäuferin nach Konz-Karthaus, wo sie eine Zigeunerin traf, die Spitzen verkaufte und nebenbei auch das Wahrsagen betrieb. Das machte die junge Dame neugierig. 50 Pfennig wurden gezahlt, und nun ging das Theater los. Die Verkäuferin mußte ihr Geldtäschchen hergeben, zuvor jedoch über das Portemonnaie ein Kreuz machen. Dann wühlte die Zigeunerin unter allerlei Sprüchen in dem Gelde herum, prophezeite und verschwand. Die Verkäuferin war von dem Gerede derart benommen, daß sie nicht daran dachte, ihr Geld nachzuzählen. Erst später bemerkte sie den Verlust von 5 Mark. Die Polizei wurde mobil gemacht, verfolgte die Zigeunerin und klopfte ihr die 5 Mark wieder ab. Die Verkäuferin aber hat von dieser ersten Prophezeiung genug — sie ist sicherlich von ihrem Aberglauben geheilt.

Rauschgiftdieb gefaßt

Köln, 21. Jan. In der Nacht wurde in einem Nachtkaffee der Altstadt ein 35jähriger stellenloser Drogist festgenommen, weil er wegen eines in Koblenz ausgeführten Rauschgiftsdiebstahls gesucht wurde. Es handelt sich bei dem Täter um einen mehrfach vorbestraften Menschen, der schon eine Strafe von 13 Jahren Zuchthaus wegen Raubmordes verbüßt hat. Der Täter hatte noch mehrere Flaschen Kokain und Morphium in seinem Besitz, die der bestohlenen Firma zurückgegeben werden können.

Todessturz aus dem Fenster.

Düsseldorf, 21. Jan. In Düsseldorf sprang die 20jährige Tochter eines Hausmeisters in selbstmörderischer Absicht aus dem vierten Stockwerk ihrer elterlichen Wohnung auf die Straße und war sofort tot. Der Grund zur Tat soll unglückliche Liebe sein.

Mißlungener Bankeinbruch.

Essen, 21. Jan. Nachts haben Einbrecher versucht, in der Essener Beamtenbank den Geldschrank aufzubrechen. Offensichtlich wurden die Einbrecher bei ihrer Arbeit gestört, denn sie haben unter Zurücklassung ihres Werkzeuges den Tatort ohne Beute verlassen müssen. Der Geldschrank ist so schwer beschädigt worden, daß er aufgeschweißt werden mußte. Vermutlich hat einer der Diebe sich am Abend in den Keller einschließen lassen, denn sämtliche Kellerräume sind aufgebrochen. Der Einbrecher, der dann anscheinend vom Keller aus durch das Fenster eines Toilettenraumes, dessen Gitterstäbe auseinandergerissen wurden, in die Büroräume gelangte, hat seinen Komplizen Eingang verschafft.

Düsseldorfer Stadtverordnetenversammlung

Düsseldorf, 22. Jan. In der gestrigen Düsseldorfer Stadtverordnetenversammlung wurde bei der Abstimmung über das Düsseldorfer RWE-Paket ein Zentrumsantrag angenommen, der ausspricht, daß der Oberbürgermeister durch sein Vorgehen sich gegen das Etatsrecht vergangen habe. Der Regierungspräsident soll aufgefordert werden, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die Anträge über Tarif- und Gebührensenkungen wurden auf die Tagesordnung der am Montag stattfindenden Stadtverordnetensitzung gesetzt.

Das Neueste

Der Verband der Deutschen Hochschulen erließ an die gesamte Weltöffentlichkeit einen Aufruf, in dem eine wahre Abrüstung gefordert wird.

Der „Petit Parisien" erklärt zur Verschiebung der Lausanner Konferenz, daß man nicht eher wieder von einer Konferenz sprechen könne, bis zwischen Paris und London eine Verständigung erzielt sei.

Im „Matin" werden bereits die Zwangsmaßnahmen erörtert, die Frankreich ergreifen würde, falls Deutschland keine weiteren Tributzahlungen leisten werde. Es wird gefordert, daß Frankreich alle Kredite aus Deutschland zurückziehe und den Handelsvertrag kündige.

Im englischen Kabinett machen sich ernste Unstimmigkeiten über die zukünftige Zollpolitik der Regierung geltend. Die Blätter weisen auf die Möglichkeit einer Kabinettskrise hin.

Der „Daily Telegraph" glaubt zu wissen, daß in Lausanne überhaupt keine Konferenz stattfinden werde. Die englische Regierung beabsichtige aber noch immer eine Regierungskonferenz spätestens im Juni vorzubereiten.

Das Polit-Büro des Centralkomitees der Kommunistischen Partei in Moskau veröffentlichte die Direktiven für einen zweiten Fünfjahresplan.

In sechs Departements von El Salvador ist wegen kommunistischer Unruhen der Belagerungszustand erklärt worden.

Der japanische Flottenbefehlshaber hat der chinesischen Behörde in Schanghai ein Ultimatum übermittelt, in dem er Schadenersatz, Aufgabe des Boykotts japanischer Waren und Bestrafung der Chinesen fordert, die an den letzten Unruhen schuldig sind.

Turnen und Sport in der Heimat

Ballspiel-Verein Burscheid 1911

Am kommenden Sonntag steht die 1. Mannschaft im Meisterschaftsspiel wiederum einem beachtenswerten Gegner gegenüber, und zwar der gleichen Mannschaft des VfB Merscheid. Allerdings hat sie den Vorteil des eigenen Platzes und das wird, so hoffen wir bestimmt, den Ausschlag geben. Aber das dürfen sich die hiesigen Grünweißen gesagt sein lassen, das Spiel ist noch lange nicht gewonnen, denn die Merscheider sind dafür bekannt, daß sie bis zum letzten Augenblick zu kämpfen verstehen. Wenn die Ballspieler, deren Erfolg in Grund viel Freude erregt hat, auch diesmal wieder die so wichtigen Punkte einheimsen wollen, dann müssen sie ihre Kräfte voll und ganz einsetzen, dann muß jeder von ihnen sein bestes Können zeigen und von dem Willen zum Sieg beseelt sein. Und trifft dies nicht ein, spielt man lau und ohne Eifer und Lust, dann kann es leicht, sehr leicht schief gehen, dann sind die so wichtigen Punkte heidi und eine Rutschpartie in der Tabelle, in der man ja jetzt noch einen so schönen Platz hat, ist unvermeidlich. Mögen die Grünweißen sich der schweren Aufgabe, die ihnen am Sonntag gestellt ist, voll bewußt sein und zeigen, daß sie zu spielen und zu kämpfen verstehen. Eine Niederlage würde allerseits schwer enttäuschen, dagegen ein Sieg wiederum große Freude erwecken.

Die 2. Mannschaft hat am Sonntag den Tabellenführer zu Gast und zwar die 3. Mannschaft des VfB Remscheid. An einen Sieg ist da wohl kaum zu denken, aber daß die Hiesigen dem überaus starken Gegner eine ehrenvolle Partie liefern, des sind wir gewiß, wenn alle Mann auf ihrem Posten sind. Und daß sie es sein werden, das hoffen wir bestimmt, denn auch die 2. Mannschaft hat schon wiederholt bewiesen, daß sie zu kämpfen versteht. Sie darf sich nur nicht überrumpeln lassen und ein ruhiges und durchdachtes Spiel liefern, dann wird die Sache schon geraten.

Das Treffen der 2. Mannschaft beginnt morgens um 11 Uhr, dasjenige der 1. Mannschaft nachmittags 2,30 Uhr. Beide Spiele finden auf dem Platze bei Griesberg statt.

Turngemeinde Burscheid e V
Handball

Am kommenden Sonntag fahren drei Mannschaften nach Dabringhausen, um dort Gesellschaftsspiele auszutragen.

Die Schülermannschaft eröffnet den Reigen. Diese Begegnung sollte bereits am vergangenen Sonntag stattfinden, wurde aber im letzten Augenblick abgesagt. Auf dem vertrauten Gelände kann Dabringhausen zu einem Siege kommen. Anwurf 1,15 Uhr.

Die 2. Mannschaft spielt um 2 Uhr gegen die gleiche von Dabringhausen. Die Hiesigen müssen sich schon gewaltig anstrengen, wenn sie einen Sieg erringen wollen. Dabringhausen verfügt über eine größere Spielerfahrung, da die Mannschaft auch die Serienspiele mitmacht. Abfahrt der Schüler und der 2. Mannschaft um 12,30 Uhr ab Vereinslokal.

Anschließend steigt der Hauptkampf des Tages zwischen Dabringhausen 1. und Burscheid 1. Beide Mannschaften standen sich schon oft gegenüber. Meistens zog Burscheid den Kürzeren und ganz besonders auf dem kleinen Dabringhauser Platz. Auch am kommenden Sonntag wird wieder ein heißer Kampf entbrennen. Wenn der Platz nicht zu naß ist, dann muß Dabringhausen sein ganzes Können einsetzen, um zum Siege zu gelangen. Für die Hiesigen kommt es darauf an, sich für die Spiele der 2. Serie vorzubereiten, die für sie in nächster Zeit beginnen. Abfahrt um 2 Uhr ab Vereinslokal.

Turngemeinde Hilgen
Handball

Am kommenden Sonntag erwartet die 1. Elf der Turngemeinde Hilgen die gleiche Elf des Turnvereins Hämmern zu einem Freundschaftsspiel. Die Gäste verfügen über eine ausgesprochene Kampfmannschaft, die schon manchem guten Gegner durch ihren großen Eifer das Nachsehen gab. In Hämmern erzielten die Hiesigen einen hohen 13:4 Sieg. Die Grünweißen stellen zur Zeit eine gute Mannschaft, die aller Voraussicht nach auch am Sonntag wieder zum Siege kommen wird. Das Handballspiel, welches Nachmittags um 3 Uhr in Hilgen seinen Anfang nimmt, kann den Interessenten zum Besuch empfohlen werden.

Vor dem Spiel der 1. Mannschaft tritt die 1a Jugendmannschaft gegen die gleiche Elf des Allg. Turnvereins Hückeswagen zum fälligen Meisterschaftsspiel an. Hier hat die Jugend noch einmal die Gelegenheit Punkte zu erspielen, da sie sonst endgültig, das Ende der Tabelle zieren kann. Zum Abgrenzen treffen sich die Spieler um 1,15 Uhr.

DT-Handball
Bergischer Gau

Die letzten Entscheidungsspiele um die Gaumeisterschaft

Noch in keinem Jahre war die Frage um den Gaumeister im Bergischen Turnerhandball bis zum letzten Spiel so ungeklärt als in den jetzigen Entscheidungsspielen. Der kommende Sonntag bringt die beiden letzten Spiele, deren Ausgang, nach den Leistungen der Mannschaften, die sich gegenüberstehen zu urteilen als ganz und gar offen zu bezeichnen ist. Goldenberg wird in der Elf der Lenneper Turngemeinde noch eine gefährliche Klippe zu überwinden haben und das Treffen Hasten — RTV! Welche von beiden letztgenannten Mannschaften enttäuschte nun mehr; Hasten oder RTV? Also abwarten! —

Bezirksklasse, Gruppe 2

Tgd. Burg 1. — Witzhelden 1.

Jugendklasse

Reinshagen 1a — Volksjugend 1a
Hilgen 1a — ATV Hückeswagen 1a

Freundschaftsspiele

TV Bliedinghausen 1. — Herbeck 1.
VfB 06 1. — Volksjugend 1.
Hilgen 1. — Hämmern 1.
Dabringhausen 1. — Burscheid 1.
Dabringhausen 2. — Burscheid 2.

Amtliche DT-Nachrichten

Am 31. Januar besteht für den Bereich des Bergischen Gaues wegen des in Radevormwald stattfindenden Gauturntages ab 12 Uhr Spielverbot.

Das Wetter von heute und morgen

Nachts wieder Nebelbildung, am Tage wollig bis heiter und etwas milder, leichte westliche Winde.

Rund ums Wochenende

Fußball-Meisterschafts- und Pokalspiele

sind es wieder, die am Wochenende den Großteil der sportlichen Veranstaltungen ausmachen. Kurz ein Ueberblick aus Westdeutschlands Punktekampf: Viktoria Rheydt gegen Sülz, Odenkirchen 05/06 — Tura Bonn, Fortuna Düsseldorf — SSV. Elberfeld, FC. Schwelm — Eller 04, Essen-West 81 gegen Schwarz-Weiß Essen, Castrop 11 gegen Schalke 04, Duisburg 08 — Homberger SpV., Jahn Werdohl — Germania Mudersbach, Kurhessen Kassel — Borussia Fulda. Noch die wichtigsten Pokalspiele: Mülheimer SV. — Deutz 05, VfR. Köln gegen Jugend Kalk, Schwarz-Weiß Barmen gegen VfL. Benrath, Grün-Weiß Viersen gegen Rheydter SpV., Preußen Koblenz gegen FV. Neuendorf, Union Recklinghausen — Arminia Bielefeld.

Süddeutschlands Abteilungsspiele

sind am Sonntag: Abtlg. Südost: SpVgg. Fürth — Karlsruher FV., 1. FC. Pforzheim gegen 1. FC. Nürnberg, FV. Rastatt gegen Bayern München, München 1860 gegen VfB. Stuttgart; Abtlg. Nordwest: Eintracht Frankfurt — FV. Saarbrücken, SV. Waldhof — FSV. Mainz 05, Wormatia Worms gegen FSV. Frankfurt, FK. Pirmasens gegen VfL. Neckarau. — Während in Mitteldeutschland die 4. Verbandspokalrunde im Mittelpunkt steht, bringt Berlin mit dem Treffen Viktoria 89 — Tennis-Borussia seinen „Hauptschlager"; denn dieses Treffen könnte zur Klärung der Meisterfrage in Abteilung B führen. — Eine Wiener Stadtmannschaft spielt in Paris. — Die

Handball-Bezirks-Endspiele

werden in den meisten Bezirken schon mit den Vorschlußspielen fortgesetzt. So bringt der Rheinbezirk mit dem Treffen Alemannia Aachen — VfL. 08 Aachen eine Vorentscheidung. Die übrigen Bezirke melden folgende Spiele: Ratingen 04 — Fortuna Düsseldorf, Tura Barmen — Polizei Bergisch-Land; Gelsenkirchen 07 — Polizei Bochum, Polizei Dortmund — Polizei Essen, Essen-West 81 gegen Westfalia Herne; DSC. Minden gegen VfL. 18 Münster, Hammer SpVg. — Polizei Hamm, Preußen Paderborn — Polizei Recklinghausen; Sportfreunde Siegen — Hagen 05. Hinzu kommen noch die Meisterschaftsspiele der Turner im Rheinland und in Westfalen-Lippe.

Hallensportfeste in Frankfurt und Magdeburg

sehen die besten Leichtathleten am Start. In Frankfurt-Main starten über 700 Teilnehmer, u. a. Jonath, Dr. Peltzer, Hirschfeld, Metzner, Eldracher, Mährlein, Hellpap, Sievert; in Magdeburg Körnig, Vent, Syri usw.

Tennisländerkampf Schweden — Deutschland!

Dieser Hallen-Länderkampf im Tennis erstreckt sich auf zwei Tage: 23. und 24. Januar. Deutschland wird durch Dr. Dessart und Nourney vertreten, die gegen die drei Schweden Malmstroem, Oestberg und Ramberg kaum einen Sieg werden erringen können. — Das

Kölner Wasserballturnier

bildet die einzige Veranstaltung der Schwimmer im Reich. Sparta Köln, Poseidon Köln, Duisburg 98 und Schwimmsportfreunde Barmen sind die Turnierteilnehmer. In Auteuil will Jean Taris, Frankreichs Rekordschwimmer, einen Rekordversuch über 500 Meter Freistil unternehmen.

Radsport-Veranstaltungen

gibt es auf deutschen Bahnen nur in Breslau, wo in der Jahrhunderthalle der „Große Preis von Europa", zwei Mannschaftsrennen über je 50 Kilometer, ausgefahren wird. Zehn Mannschaften, u. a. P. v. Kempen-Pijnenburg, Ehmer-Kroschel, Schön-Goebel, Rausch-Hürtgen und Preuß-Resiger gehen hier an den Start. — Die Brüsseler Winterbahn führt am Samstag einen

„Radländerkampf" Deutschland gegen Belgien

durch. Oszmella-Buschenhagen bestreiten ein Omnium mit Charlier-Deneef. Engel und Steffes tragen die Fliegerrennen mit Arlet und Scherens aus und die Steher Möller und Dederichs treffen auf Linart und Benoit. — Paris bringt einen Dreiländerkampf Frankreich—Belgien—Italien am Montag in Gestalt eines Mannschaftsfahrens: es starten u. a. Wambst-Broccardo, Pelissier-Leducq, Choury-Fabre, Haemerlinck-Debruycker, Charlier-Deneef, Guerra-Linari, Dinale-Piemontesi und Di Paco-Battesini.

Auf den Wintersportplätzen

gehts natürlich wieder „hoch her" . . . In Bad Reinerz werden Samstag und Sonntag die schlesischen Skimeisterschaften ausgetragen, auch Bayern ermittelt in Partenkirchen seine Meister, ebenfalls der Harzer-Ski-Verband. Von den übrigen Veranstaltungen nennen wir die Skispringen in Baiersbronn, Oberwiesenthal, Bad Steben, Oberhof, Davos, Grindelwald und Kandersteg. — In Friedrichsreda gibt es Vierer-Bob-Rennen, während die Bahn in Schreiberhau ebenfalls für Rodelwettbewerbe besetzt ist.

Eishockeyspiele werden ausgetragen im Berliner Sportpalast, Königsberg, Davos, Mailand, Altona, Zürich und Engelberg.

Sonstige Veranstaltungen.

Hockey: Die wichtigsten westdeutschen Spiele sind Rot-Weiß Köln — Düsseldorfer HC., DSD. Düsseldorf — Club Raffelberg, Etuf Essen — Club zur Vahr Bremen.

Vom 100sten ins 1000ste

In dieser Welt passieren die merkwürdigsten Dinge: totgeglaubte Elefanten stellen sich plötzlich wieder auf die Elfenbeine und Klapperschlangen attackieren rücksichtslos die Feuerwehr. Und das alles geschieht nicht etwa in Afrika oder in Gandhindien, wo solche Dinge zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gehören, sondern mitten in Europa, wo der Elefant noch nicht wild herumtrampelt, und wo die Klapperschlange nur an der Schreibmaschine sitzend angetroffen wird, was aber nicht ausschließt, daß sie es wirklich einmal mit einem Feuerwehrmanne hat. Was den Elefanten betrifft, so hat er bekanntlich ein dickes Fell: er fängt wohl einmal Feuer, aber er brennt nicht durch. Und so haben denn die verbrannten Elefanten sich rasch wieder von den Nekrologen, in welchen das Feuer geschürt worden war, erholt und der Oeffentlichkeit durch einen kalten Wasserstrahl bewiesen, daß es sich bei ihnen nicht um Feuer, sondern um Feuerwerk gehandelt hat. Die Klapperschlangen aber haben durch ihr ganzes ungesetzliches Verhalten gegen die Herren, die an der Spritze stehen, kundgetan: „Wir sind nicht solche, bei denen Klappern bloß zum Handwerk gehört, nein, wir sind richtige Schlangen und nicht Evas, die mit Schlangen nur im Bunde stehen und paradiesische Aepfel verteilen!"

Wie gesagt, es geschehen jetzt sonderbare Dinge in Europa, und zu diesen sonderbaren Dingen müssen wir auch den Dr. Salaban rechnen, der in Berlin sich 32 000 Stück Zweimarkstücke zurechtgemacht hat, um Suppengrün einzukaufen. Wissen Sie, was Suppengrün ist? Also Suppengrün ist eine rote Mohrrübe, ein halbes Stück marmorierten Selleries, eine weiße Petersilie mit etwas dürftigem Petersilienkraut dran und ein Pröbchen Porree, das nach ägyptischer Mumie riecht. Das alles zusammen kostet fünf Pfennig und bei besonders günstiger Konjunktur zehn Pfennig, und man braucht dieses Suppengrün, um davon Suppenfleischbrühe zu kochen, was die Berliner in dankbarer Erinnerung an den berühmten Ritter aus der Kreuzfahrerzeit, der sich davon ernährt zu haben scheint, Bulljonk nennen. Man spricht das „Bull" ähnlich aus wie in „Bulldogge" oder in „John Bull" und das „jonk" durch die Nase, was man in Berlin „Neese" nennt, aber was im Effekt dasselbe ist. Der Dr. Salaban nun hat, um sich das Bulljonkraut kaufen zu können, 32 000 Stück Zweimärker fabriziert, und man hat ausgerechnet, daß er im Laufe eines Jahres von jedem seiner Zweimärker mindestens zehn Pfennige für Suppengrün ausgegeben habe, so daß er für 3200 Mark Suppengrün verbraucht haben dürfte. Mit Suppengrün für 3200 Mark kann man aber nicht nur eine ganze Suppengrüne Woche veranstalten, sondern eine ganze Mastviehausstellung zu Rindfleischbulljonk verarbeiten. Und nun denken Sie sich gefälligst dazu noch die Damen der Halle, bei denen der Dr. Salaban seine 32 000 Zweimärker für Suppengrün angebracht hat! Haben Sie schon mal mit einer Dame der Markthalle eine erregte geschäftliche Verbindung angeknüpft? Ich hätte nicht in des Salabans Haut, die er zu Markte trug, stecken mögen, wenn die ihn mal mit seinen imitierten Zweimärkern richtig zu packen gekriegt hätten: mit ihrem Mundwerk hätten sie ihn zerrissen, und es hätten da nicht erst Klapperschlangen zu Hilfe zu kommen brauchen. Im übrigen: Dr. Salaban! Klingt das nicht wie der Name eines unheimlichen Zauberers aus Tausendundeinenacht oder so? Am Ende war der Salaban wirklich ein Zauberer, der den Damen der Halle das Suppengrün aus der Nase gezogen hat, um ihnen dafür die Zweimärker hineinzustecken. Und außerdem war er noch ein Hochjurist, der in der Juristik die höchsten Gipfel der Weisheit erklommen hat. Hebe dich hinweg, Salaban!

Wenn Sie aber an diesen Seltsamkeiten des neuen Jahres noch nicht genug haben sollten, kann ich Ihnen ganz gut noch ein paar andere auftischen. „Greift nur hinein ins volle Menschenleben! . . . Und wo ihr's packt, da ist's interessant", sagt der mit Recht so selige Goethe, der jetzt wieder stark gefragt wird. Schlagen Sie z. B. bitte mal das Korrespondenzblatt der Staatlichen Hauptstelle für landwirtschaftlichen Pflanzenschutz auf. Haben Sie? Also da steht, bitte, zu lesen: „Das starke Feldmausauftreten in diesem Herbste hat das Wirtschaftsministerium veranlaßt, die hauptsächlich verseuchten Amtshauptmannschaften und Stadträte Nordwestsachsens und der Lausitz anzuweisen, sich für die Bekämpfung dieser Schädlinge einzusetzen . . ." Nun frage ich einen Menschen, wie Stadträte durch Feldmäuse verseucht werden können! Man kann ja vielleicht den Feldmäusen alles Schlechte

zutrauen, aber daß sie die würdigen Stadträte korrumpieren, das glaube wir denn doch nicht, und das Korrespondenzblatt für den Pflanzenschutz scheint da stark hineingelegt worden zu sein. Daß mit Elefanten, die doch immerhin zu dem größeren Rindvieh gehören, allerlei kuriose Dinge geschehen, kann man sich schon vorstellen, daß aber schon Feldmäuse, ganz gemeine Feldmäuse, uns Säugetieren von der andern Fakultät ein Schnippchen schlagen sollen, das kann ich mir nicht gut vorstellen. „Daß dich das Mäusle beiß'!" sagen sie irgendwo in Deutschland, aber ich glaube nicht, daß mit dem „dich" die Stadträte gemeint sind.

Und nun rasch zum Abgewöhnen etwas aus dem Lande des bereits erwähnten John Bull. Dort hat dieser Tage ein Generalleutnant den Vorschlag gemacht, daß aus hygienischen Gründen die englischen Infanteristen, die auf deutsch Tommys heißen, fortan in Knickerbockers und in halsfreien Jacken herumlaufen sollen. „Knickerbockers", was Sie, wenn Sie in gebildeten Kreisen verkehren, „Nikerbockers" auszusprechen haben, sind Kniehosen. Und nun wissen Sie ja Bescheid. Infanterie in Kniehosen und vielleicht mit Schillerkragen — das wäre so was, und die andern Männer, wo bloß Zivil sind, meint der Generalleutnant, würden das sofort nachmachen, und dann würden wir endlich die große Hygieneausstellung der Männerwelt haben. Die andern englischen Generalleutnants haben sich zu dem Plane des hygienisch verseuchten Kollegen noch nicht geäußert, weil sie noch starr sind vor Schreck. Aber was mich betrifft, ich bin schon heute sehr für die Knickerbockers oder Nikerbockers, und nur die Waden, die dazu gehören, bereiten mir noch einige Schwierigkeit . . .

Jokus.

Gereimte Zeitbilder

Von Gotthilf.

Was ist denn mit Lausanne nun los?
Wann geh'n wir auf die Reis'?
Ich weiß bis jetzt das eine bloß,
Daß ich rein gar nichts weiß.

Laval, der neu am Ruder ist,
Der Mann des „hin und her",
Der nicht der beste Bruder ist,
Sagt: „Ich sag' auch nichts mehr!"

Und fragt man: „Wird's im Januar
Vielleicht noch mal wann sein?"
Dann sagt er einmal: „Aber klar!"
Ein andermal: „Kann sein!"

So zwofeln wir bezüglich des
Und wissen nicht, woran
Wir jetzo sind mit dem Kongreß
Und mit dem Ort Lausanne.

Doch finde ich zu dem Lausanne
Heut' nicht die off'ne Tür,
Nehm' ich den Doktor Salabay
Mir rasch mal vor dafür.

Der Doktor sagt: „Das Leben, wie
Es jetzt ist, ist ein Quark,
Denn was man braucht, das hat man nie,
Drum mach' ich mir zwei Mark!

Hier dies Zweimarkstück, liebe Frau,
Dies, Liebste, schenk' ich dir —
Obwohl dies echt ist, ist's genau,
Als wär's ein Stück von mir!"

Doch was ist Trug und Menschenlist!
Die Polizei ist stark —
Nun sitzt er fest, und dieses ist
Die Kehrseit' der zwei Mark.

Ich aber leb' in Angst und schwitz',
Ob meine Märker zwei,
Ob jenes Stück, das ich besitz',
Ein Salabander sei!

Vom Büchertisch

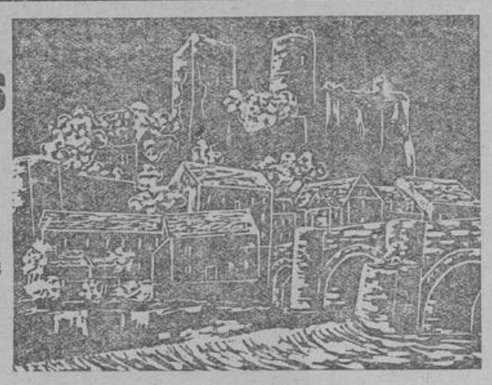
Die Umsatzsteuer

Was jeder davon wissen muß. Zweite Aufl. Von Obersteuersekretär Dr. W. Sinzig. Verlag Wilh. Stollfuß, Bonn. Preis 1,25 Mark. (P.-Sch.-Kto. 76 183, Köln). Auch in der wesentlich ergänzten Neuauflage dieser Schrift hat der sachverständige Verfasser die vielfach recht unklar gehaltene Gesetzesmaterie in leicht verständlicher Form erläutert unter Berücksichtigung der Aenderungen der letzten Notverordnung. Praktische Beispiele verdeutlichen die wesentlichsten Grundsätze und jedermann wird sich an Hand dieser übersichtlichen Schrift leicht in das Umsatzsteuerrecht vertiefen können. Die bei den Steuerpflichtigen bestehenden Unklarheiten und Voreingenommenheiten werden durch das Studium dieser aufklärenden Schrift leicht beseitigt werden können. Wertvoll sind auch die Hinweise auf steuerfreie Umsätze und die Angabe der Waren, für welche nicht die erhöhte, sondern die bisherige Höhe der Steuer erhoben wird. Für jeden Erwerbszweig ist das nahezu unentbehrliche Bändchen zu empfehlen.

Diese Ausgabe umfaßt 8 Seiten
und „Die Zeit im Bild"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10

Im Gutshaus von Mahlow



Roman von Gert Rothberg

Copyright by Feuchtwanger Halle/Saale

3

„John! Ich kann dir nicht genug danken!"

„Hast du schon im voraus besorgt. Ich lebte nicht mehr, wenn du nicht solch ein guter Schütze wärest und mich aus den Händen der Buschklepper befreit hättest."

„Sprich doch nicht davon!"

„Habe ich bisher doch auch nicht getan? Es paßt nur heute so schön ins Gespräch, weil du von Dank anfingst."

Noch immer grenzenlos erstaunt über die Eröffnung, daß er drei Jahre lang der Freund eines steinreichen Mannes gewesen war, blickte Horst Mahlow vor sich hin. Sein schönes, braunes Gesicht zuckte, und die großen, dunklen Augen waren in die Ferne gerichtet.

John Korne hatte sich wieder in die Bilder vertieft, da meinte er plötzlich:

„Das ist ganz gut und schön, Horst. Wer ist denn aber hier das zarte, blonde Mädelchen? Zu diesem Bilde hast du die Erklärung vergessen."

„Vergessen nicht. Ich habe absichtlich nichts gesagt. Das Bild stellt meine jüngste Schwester Dorette dar. Sie habe ich von vielen Geschwistern immer am meisten geliebt."

Korne hatte das Bild sehr aufmerksam betrachtet, dann hatte er es dem Freunde zurückgegeben.

„Ein seltenes Geschöpfchen. Diese Augen sind ganz eigenartig. Ich weiß wirklich nicht, wie ich mich ausdrücken soll. Jedenfalls drei schöne Schwestern, Horst Mahlow."

„Ja!"

John Korne reiste mit seinem Freunde wenige Tage später nach Neuyork. Und nachdem sie hier miteinander einige angenehme Wochen verbracht, ging es nach Kentucky.

Tabakpflanzungen!

Unermeßliche Felder!

Und dort ritt Horst Mahlow nun täglich zwischen den Arbeitern umher.

Er war tüchtig und umsichtig, und die Frauen schienen für ihn vollständig erledigt, seit eine ihres Geschlechts ihn ruinierte.

Er sparte sein hohes Gehalt fast ganz.

Die einzige Abwechslung war es für ihn, wenn er nach Feierabend hinüber zu den Pickfords ritt. Dort saß man dann gemütlich beieinander.

Pickford war ein jüngerer Mann, der eine hübsche, blonde Frau und zwei reizende Töchterchen besaß. Die zwei kleinen Flachsköpfchen hingen wie die Kletten an dem Onkel Horst.

Miß Pickford meinte lächelnd:

„Nun haben Sie mir die Dinger so verwöhnt, daß ich wirklich nicht weiß, wie das werden soll, wenn Sie diese Wildnis hier einmal aufgeben und nach Deutschland zurück wollen."

John Korne war an jenem Abend mit zu den Pickfords geritten, da er gerade einmal wieder auf einige Tage zu Besuch gekommen war. Nun hörte er die Worte der jungen Frau und lächelte.

Ja, mein Freund wird doch wohl früher oder später wieder nach Deutschland zurückreisen", sagte er bedächtig.

Horst sah ihn überrascht an.

„Es wird vielleicht eher sein, als du denkst!" setzte Korne hinzu.

Sie waren ein paar Stündchen bei den freundlichen Menschen geblieben.

Später saßen sie daheim in der großen, mit Palmen und sonstigen Pflanzen geschmückten Halle, tranken ihren Mokka und rauchten. Warm kam die Nachtluft herein und mit ihr eine Welle betäubenden Wohlgeruchs.

Schweigend saßen die Freunde da.

Dann sagte John Korne plötzlich:

„Du wirst wissen wollen, was ich heute abend im Sinne hatte, als ich bei Pickfords drüben die Bemerkung machte."

„Allerdings, John!"

„Mein Gewährsmann in Deutschland teilte mir mit, daß es trotz aller Sparsamkeit in Mahlow nicht zum besten stehe. Ueber kurz oder lang komme es doch noch unter den Hammer!"

Horst Mahlow senkte den Kopf tief, tief unter der Last der Schuld, die ihn da traf. Dann sprang er auf.

„Weshalb wolltest du nie, daß ich meinen Eltern meine Ersparnisse schicke? Dank deiner Güte habe ich mir eine hübsche Summe zurückgelegt."

„Nein, behalte das Geld! Ich reise nächstens nach Deutschland, und ich werde sehen, daß dein Vater mir Gut Mahlow verkauft."

„John!"

Korne befreite lächelnd seine Hand, die der andere schmerzhaft fest gepackt hatte.

„Denk' doch nicht, daß ich das um deinetwillen tun will. Es ist ja nur Eigennutz. Purer, ausgewachsener Eigennutz! Ich habe mich nämlich in deine Schwester Edelgard verliebt!"

„In das fünfzehnjährige Mädel? Als die Aufnahme gemacht wurde, war sie nicht älter!"

„Sie ist es aber inzwischen geworden. Meine einzige Sorge ist, daß ich zu spät kommen könnte."

„John, man verliebt sich nicht in ein Bild. Ausgeschlossen ist das! Du wirst irgendwie enttäuscht werden!"

„Nein!" behauptete der Freund verbohrt. „Höchstens nach der angenehmen Seite hin. Sie wird eben die Schönheit ersten Ranges geworden sein, die man schon bei der Fünfzehnjährigen auf dem Bilde ahnt!"

„Dir ist nicht zu helfen!"

„Ist mir auch nicht, geb' ich unumwunden zu! Ich werde also in vier Wochen nach Deutschland reisen."

Horst Mahlow schwieg. Er wußte nicht, ob er sich freuen sollte oder ob neue Sorgen kommen würden.

Ein Blick in das Gesicht des Freundes schien ihm die innere Ruhe wiederzugeben.

Er streckte die Hand aus.

„Ich wünsche dir von ganzem Herzen, daß du nicht zu spät kommen mögest!" sagte er bewegt.

Und so kam es, daß nun John Korne aus Neuyork in Mahlow mit an dem großen, ovalen Tisch saß und sich Gustes Putenbraten schmecken ließ.

Seine Augen aber hingen immer wieder aufleuchtend an Edelgards schönem Gesicht. Die dunkle, südliche Schönheit des jungen Mädchens brannte sich immer tiefer in John Kornes Herz.

Und Edelgards schön geschwungene Lippen zitterten.

Ihr Herz klopfte ängstlich, und sie wagte schon nicht mehr, den Gast anzusehen.

John Kornes Augen leuchteten auf.

Der Frauenkenner wußte jetzt, daß er nicht zu spät gekommen war, daß Edelgard die Liebe noch nicht kannte.

Das machte ihn unsagbar froh.

Von ihr weg glitten seine Augen auf das feingliedrige, blondlockige Mädelchen, das am unteren Ende des Tisches neben dem Bruder saß.

Dorette Mahlow!

Sie hatte sich fast nicht verändert. Kindhaft jung und rein waren die schönen Züge des schmalen, ovalen Gesichts. Die dicken, kurzen, blonden Locken umgaben den zierlichen Kopf, und die wunderschönen, blaugrünen Augen leuchteten hell. Die Farbe der Augen hatte er auf dem Bilde nicht sehen können, aber das helle Leuchten war sogar auf der Photographie sichtbar!

Wie sie jetzt den Kopf hob!

Rasse!

Edle Rasse!

Nordisches Edelblut!, dachte der früher recht kühle und praktische Korne.

Er mußte über sich selbst lächeln.

Wenn man sein Herz rettungslos verloren hatte, kam man eigentlich auf recht komische Gedanken.

Frau Mahlow gefiel ihm sehr. Er liebte das Gütige, Mütterliche auf den ersten Blick an ihr. Er hatte das nie kennengelernt. Seine Mutter war eine kühle, stolze Weltdame gewesen, die viele Stunden des Tages auf ihre Persönlichkeit verwandte und vom Gatten und Sohn bewundert und maßlos verwöhnt wurde. Die wenigen freien Stunden füllte sie mit gesellschaftlichen Dingen aus.

Als sie starb, war ganz Neuyork auf den Beinen. Ihr Begräbnis war wie dasjenige einer Fürstin. Aber John Korne konnte sich auch nicht an eine einzige Stunde erinnern, in der er vielleicht einmal ungezwungen und glücklich im Zimmer der Mutter hätte sitzen dürfen. Dazu hatte sie eben nie Zeit. Und wenn sie Zeit gehabt hätte, dann würde sie es wahrscheinlich nicht passend gefunden haben.

Und nun fühlte sich John Korne glücklich in diesem gemütlichen Kreise.

Die Augen von Frau Mahlow ruhten einmal fragend auf ihrem Gatten. Er tat aber, als bemerke er diesen Blick nicht. Frau Mahlow wußte indes, daß sein freundliches Wesen jetzt Verstellung war, daß er angestrengt über etwas nachdachte.

Waren es neue Sorgen, und hingen sie etwa mit dem stolzen Manne zusammen, der da so fröhlich und selbstverständlich mit an ihrem einfachen Tische saß?

Der Gutsherr besann sich, daß er nicht immer so stumm dasitzen durfte. Er war seinem Gast doch eine kleine Unterhaltung schuldig.

„Ich hoffe, daß Sie mit Ihrem Hotel zufrieden sind, Mister Korne? Andernfalls würde es uns eine Ehre sein, wenn Sie bei uns wohnen wollen?"

John Korne lächelte. Dann meinte er:

„Ich danke sehr! Das ist zu viel Güte! Ich wohne ganz gut im ‚Blauen Engel'. Für einige Tage geht es schon. Mein großes Gepäck befindet sich sowieso in Berlin."

Man plauderte von diesem und jenem. Einmal ergab es sich ganz von selbst, daß der Amerikaner mit Edelgard in ein isoliertes Gespräch vertieft war. Ihre Stimme entzückte ihn, wie ihn auch ihre stolze Unnahbarkeit erfreute.

Und er konnte es dem alten Herrn Mahlow nie genug danken, daß der ihn, gütig und ahnungslos, schon jetzt in seine Familie eingeführt hatte.

Herr Mahlow trat später, als die Tafel aufgehoben war, zu seiner Frau und flüsterte mit ihr. Sie hob, wie in stummer Abwehr, die Hände, und ihr Gesicht war ganz weiß.

John Korne sah diese stumme, entsetzte Abwehr, und mitleidig dachte er, daß Herr Mahlow wohl erst in diesem Augenblick seiner Gattin eröffnet hatte, wie schlecht es eigentlich im alten Mahlow stand.

Nun wollte sie mit aller Macht ihren Kindern die alte, schöne Heimat erhalten. Wer konnte ihr denn das verdenken? Sie hatte doch so recht?

John Korne stellte zu seinem Leidwesen fest, daß er sich jetzt als gebildeter Mensch verabschieden mußte.

Der Gutsherr kam auf ihn zu.

„Mister Korne, paßt es Ihnen, wenn wir morgen vormittag die Geschichte noch einmal gründlich durchsprechen?"

„Gewiß! Ich werde gegen elf Uhr bei Ihnen sein!"

Als sich Korne verabschiedet hatte, ging Mahlow mit seiner Frau in sein Arbeitszimmer hinüber. Er mußte jetzt gleich noch die Sache mit ihr durchsprechen. Nie wieder bot man ihm einen solchen Preis für Gut Mahlow. Seine Frau mußte das doch schließlich einsehen. Und das Vorwerk Mertenshof war auch sehr schön. Es würde sich dort sehr gut leben lassen, und vielleicht konnte er sich doch wieder eine kleine Jagd pachten oder — wie einst — im eigenen Walde dem edlen Weidwerk huldigen. Er wollte einmal sehen.

Frau Mahlow blieb dem Plan eines Verkaufs von Gut Mahlow gegenüber ablehnend.

Schließlich brauste Herr Mahlow auf:

„Für wen kämpfst du um das alte Mahlow? Hast du denn ganz vergessen, daß er, der uns durch seinen Leichtsinn so arm gemacht hat, eines Tages hier auftauchen kann und, wenn ich tot bin, er dann der rechtmäßige Besitzer von Mahlow ist? Das Recht des Erstgeborenen auf Mahlow! Verbrieft und versiegelt trägt er dieses uralte Recht unserer Familie mit sich herum!"

„Verbrieftes Recht? Darfst du denn dann Mahlow verkaufen?"

„Allerdings! Der derzeitige Besitzer darf es verkaufen, wenn ihn die Not dazu treibt. Diese Not ist da. Kurz und gut, ich werde Mahlow unter allen Umständen an den Amerikaner verkaufen. Jetzt haben auch meine anderen Kinder noch etwas davon. Die Mädels können eine Ausstattung erhalten, sofern sie eine benötigen."

„Und — wenn Horst eines Tages als ein ernster, reifer Mann zurückkehrt?"

„Dann darf er sich nicht wundern. Er allein ist schuld, wenn Mahlow nun doch noch in andere Hände übergeht!"

Das Zittern der Hände verriet, wie Frau Mahlow litt. Dann aber hob sie den Kopf.

„Ich füge mich! Vergiß jedoch nie, daß es dein Wille war!"

Mahlow küßte seine Frau, dann ging er schnell hinaus.

* * *